

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierreihige Pettizelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 91.

Freitag, den 19. April 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Zur „Säuberung“ der Kolonialverwaltung.

Der Reichskanzler hat der Budgetkommission Mittwoch vor Beginn der Beratung des Etats der Kolonialverwaltung einen ihm vom Kolonialdirektor Dernburg erstatteten Bericht über das Ergebnis der von Herrn Dernburg vorgenommenen Untersuchung der Kolonialskandale vorgelegt. Dieser Bericht läßt an Dürftigkeit nichts zu wünschen übrig! Denn über nicht weniger als 27 Fälle — Prinz Arenberg, Kamenberg, v. Wesser, Horn, v. Buttkamer, v. Rotberg, Dr. Kersting, Graf Zech, v. Brauchitsch, Dr. Meyer und wie die Beschuldigten alle heißen — ist auf ganzen fünf haben Seiten berichtet worden! Dieser dürftige Bericht genügt dem Reichskanzler und soll nimmere auch dem Reichstage genügen!

Nun hat ja zwar am Schlusse dieses summarischen Berichts Herr Dernburg den Reichskanzler gebeten und hat dieser bei Übergabe dieses Berichts an den Reichstag sich damit ausdrücklich einverstanden erklärt, daß Herr Dernburg „an der Hand der Aufzeichnungen“ (!) der Budgetkommission (!) weitestgehende Auskünfte gebe. Als ob dies nicht selbstverständlich ist. Nebenbei erlauben wir uns die Anfrage: Hat zu vor der Reichskanzler sich selbst die „weitestgehende Auskünfte“ verschafft, so daß er die Gründlichkeit der Untersuchung hat feststellen können? Im übrigen: Nicht nur der Budgetkommission, sondern dem gesamten Reichstage ist der Reichskanzler die weitestgehende Auskünfte zu geben verpflichtet. Und die Budgetkommission sollte sich mit solcher vertraulichen Auskunft nicht begnügen, sondern fordern, daß ebenso öffentlich wie diese und andere Fälle zur Sprache gebracht und die Betreffenden beschuldigt worden sind, nimmere auch nicht nur das Ergebnis der Untersuchung, sondern die ganze Untersuchung selbst zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird. Denn das ist die Verwaltung schon denen schuldig, die, nach dem Ergebnis der Untersuchung, zu Unrecht schwer beschuldigt worden sein sollen. Diese ungerechtfertigterweise Beschuldigten haben ein Recht darauf, öffentlich, unter gründlicher Widerlegung jeder einzelnen der gegen sie öffentlich erhobenen Anschuldigungen oder ausgesprochenen Verdächtigungen rehabilitiert zu werden.

Aber auch soweit die erhobenen Beschuldigungen sich als begründet herausgestellt haben, hat die breiteste Öffentlichkeit einen Anspruch darauf zu erfahren, in welchen Fällen und in welchem Umfange Vergehen und Verbrechen in unseren Schutzgebieten begangen worden sind; denn diese Vergehen haben wegen ihrer teilweisen Ungeheuerlichkeit nicht nur das Rechts- und Sittlichkeitsempfinden des deutschen Volkes verletzt, sondern weit über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus in der ganzen zivilisierten Welt Erstaunen und Entrüstung hervorgerufen. Die Öffentlichkeit sowohl im Reich wie im Ausland muß also wissen, was an all den vorgebrachten schweren Anschuldigungen sowohl auf dem Gebiete der Rechtspflege wie auf dem der Verwaltung Wahres ist. Um das Ansehen des Deutschen Reiches als eines Rechtsstaates aufrecht zu erhalten, und um die Öffentlichkeit wieder zu beruhigen, muß die Öffentlichkeit Gewißheit haben, daß die Verfehlungen, soweit sie sich als begangen herausgestellt haben, nach dem bestehenden Gesetz gehandelt worden sind! Denn um die eigensten Worte des gegenwärtigen Leiters der Reichsgeschäfte, des Fürsten Bülow zu gebrauchen, ist „die rückhaltlose Aufdeckung solcher Vorgänge nützlich, nicht nur weil in der Öffentlichkeit ein heiliges Korrekktiv liegt, sondern weil es ein gutes Zeichen für eine Institution ist, wenn nichts verkleistert und vertuscht wird.“ So Fürst Bülow im Reichstage am 10. Dezember 1903. Sollte er sich dieser Worte nicht mehr entsinnen, so sei er hierdurch an diese für die gerade bei dieser Gelegenheit notwendige Betätigung seiner Worte erinnert!

Es kommt aber noch ein drittes wichtiges Moment hinzu, das die Verwaltung von der Notwendigkeit eines öffentlichen Berichts über die stattgehabte Untersuchung — nicht nur eines Berichts über das Ergebnis der Urteile — der Kolonialskandale hätte überzeugen müssen. Im eigensten Interesse der Regierung liegt es, die vorgenommene Untersuchung bekanntzugeben. Es kann dem Reichskanzler und seinen Mitarbeitern gar nicht entgangen sein, von welchem Mißtrauen die Öffentlichkeit infolge der bisherigen Behandlung dieser „Fälle“ erfüllt ist. Man wußte und sprach es offen aus, daß eine Kräfte der anderen die Augen nicht aushackt. Speziell der Abgeordnete Ablaß von der Freisinnigen Volkspartei,

der einen Teil der Kolonialskandale zur Sprache gebracht hatte, erklärte im Reichstage rundweg, daß er sich bei der ihm als einem Juristen unbegreiflichen Art der Untersuchung und bei den auffallend milden Urteilen nicht beruhigen könne und er eine gründliche Aufklärung heischen müsse. Herr Ablaß ist nun nicht Mitglied der Budgetkommission; er kommt daher nicht in die Lage, mit seinem Wissen, das er, wie man annehmen muß, über die einzelnen von ihm vorgebrachten Kolonialskandale hat, unrichtigen Ausführungen der Regierungsvertreter entgegenzutreten. Denn daß man mit solchen, gelinde gesagt, Unrichtigkeiten von seiten der Regierung rechnen muß, kann nach den wiederum gelinde bezeichnet, mangelhaften und unzutreffenden Erklärungen der Kolonial-Gesheimräte Kose, v. König und Seitz im Reichstage und ferner nach den von Unrichtigkeiten geradezu wimmeln den offiziellen und halbamtlichen Erklärungen zu den Kolonialskandalen in der „Nordd. Allg. Ztg.“ im vergangenen Jahre nur selbstverständlich sein.

Wird sich also die Budgetkommission mit Mitteilungen begnügen, deren Richtigkeit zu prüfen der Reichstag nach den Erklärungen der Regierung im verfloßenen Jahre sowohl im Reichstage als durch die „Nordd. Allg. Ztg.“ alle Veranlassung hat, deren Richtigkeit festzustellen, aber von den der Budgetkommission angehörenden Mitgliedern, Herrn Erzberger für den einen oder anderen Fall vielleicht ausgenommen, keines in der Lage sein dürfte?!

Die „Freisinnige Zeitung“, die sich im vergangenen Jahre über die ihr bekannt gewordene koloniale Mißwirtschaft so zornig geberdete, welche beinahe Tag für Tag neue Kolonialskandalosa brachte und sich hierin nimmer erschöpfen und leeren zu wollen schien, ist plötzlich ganz still geworden. Seitdem den „entschiedenen Liberalen“ die Regierungsjonne lächelt, ist der demokratische Ton in der „Freisinnigen Zeitung“ so sehr geschwunden, daß sie die von ihr bis dahin gründlich kritisierten amtlichen Auslassungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ nur noch widerspruchslos wiedergibt und sich zu ihrem Kolporteur macht. Wie werden sich nimmere die Krieger im Streit, die Herren Ablaß, Müller-Meinungen, Kopsch und Eichhoff verhalten, die zusammen mit ihrem Fraktionsführer Dr. Müller-Sagan sowohl im Reichstage wie in ihren zahlreich abgehaltenen Versammlungen immer und immer wieder mit Genugtuung auf die von ihnen aufgedeckten und auf die von ihnen noch aufzudeckenden (!) Kolonialskandale hingewiesen haben? Wie kommt es nur, daß die entschieden liberale Presse, voran die „Freisinnige Zeitung“, dann aber auch das „Berliner Tageblatt“ und diese „entschiedenen Liberalen“ Abgeordneten seit der Auflösung des Reichstages ihr Steckenpferd, die koloniale Mißwirtschaft, niemals wieder geritten haben?! Glauben sie nicht die Pflicht zu haben, alles das, was sie um die koloniale Mißwirtschaft noch wissen (daß dies der Fall ist, muß man nach den höchsttönenden früheren Erklärungen der Herren annehmen), ohne Ansehen der Person zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, selbst auf die Gefahr hin, bei der an liberale Maßnahmen „denkenden“ Regierung in Ungnade zu fallen?

Wir wollen das Verhalten der „entschiedenen“ Liberalen bis zur zweiten Lesung des Kolonialetats abwarten. Den Reichskanzler und Herrn Dernburg möchten wir daran erinnern, daß sie dem deutschen Volke eine „gründliche Säuberung“ in der Kolonialverwaltung versprochen haben. Zeit dazu ist genug vorhanden gewesen. Ob die versprochene gründliche Säuberung aber auch wirklich stattgefunden hat, wird sich ja bald herausstellen. Nach dem von der „Nordd. Allg. Ztg.“ mitgeteilten überraschenden Ergebnis der Untersuchung müßte man freilich annehmen, daß eine gründliche Säuberung, von der die Regierung selbst sprach, die sie also selbst für notwendig erachtet haben muß, in Wirklichkeit gar nicht nötig war! Und gerade deshalb muß das Ergebnis der Untersuchung stuzig machen. Warten wir das weitere ab. Noch ist das letzte Wort über diese und andere Kolonialskandalosa nicht gesprochen!

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

**Weinseitig entschlämmert.** In einer jener Dauerfahrungen, wie sie jetzt an der Tagesordnung sind, beschäftigte sich der Reichstag am Mittwoch mit weiteren Kapiteln des Posadowsky-Etats. Ausführlich wurde die Weinfrage behandelt. Genosse David betonte die Bereitwilligkeit unserer Fraktion, die Weinpauscherei zu bekämpfen. Vom Zentrum hielt der Abg. Fleischer eine Jungfernsrede. Er hatte den patetischen Tonfall der Kopsch und Wiener. Der Fraktionsgenosse des Letzteren,

Fischbeck, sprach tiefinnig über Abdeckerei. Im großen und ganzen waren die Verhandlungen wenig anregend. Fortwährend waren die Cabbänke von friedlich schlafenden Abgeordneten bedeckt. Am Donnerstag Fortsetzung.

**400 Millionen Mark Anleihen.** Über die Verhandlungen betreffend die Begebung neuer heimischer Anleihen, die am Mittwoch zu Ende geführt wurden, berichtet das „V. T. B.“: Die unter Teilnahme des preussischen Finanzministers und des Staatssekretärs des Reichsschatzamts in der Reichsbank gepflogenen Verhandlungen wegen Begebung heimischer Anleihen haben zu einem allseitigen Einvernehmen geführt. Hiernach wird der Bedarf des Reiches und Preussens durch Ausgabe von 400 Millionen Mark Schatzanweisungen (zur Hälfte das Reich, zur Hälfte Preußen) gedeckt, die mit 4 Proz. fest verzinslich und im Jahre 1912 rückzahlbar sind. Über den Betrag von 100 Millionen Mark ist bereits fest verfügt. Die Auflegung der übrigen 300 Millionen Mark zur öffentlichen Zeichnung zum Kurse von 99 Prozent wird in den nächsten Tagen erfolgen. — Und so pumpten wir ...!

Mit der kommenden Kolonialarmee beschäftigte sich Mittwoch die Budgetkommission des Reichstages. Die Verwaltung der militärischen Einrichtungen im Kolonialwesen lag bisher mit in den Händen der Kolonialverwaltung. Nach der Schaffung des Kolonialamtes soll hier nun eine Teilung in Zivil- und Militärverwaltung eintreten und die Militärverwaltung oder wie sie auch sonst heißt, das Kommando der Schutztruppen, soll eine selbständige Stellung einnehmen. Die Organisationsänderung erfordert eine Mehrausgabe von 568 000 Mk., die gesamte Militärverwaltung in diesem Jahre 1 682 800 Mk. Referent Semler und Korreferent Wiemer trugen Bedenken, von vornherein der Forderung schon zuzustimmen, erst möchten sie die Regierung hören, schon deshalb, weil man in der Neuerung die Anfänge einer Kolonialarmee sehe. Kolonialdirektor Dernburg schilberte die Bemühungen, das Kommando der Schutztruppen dem preussischen Kriegsminister zu übertragen. Diese Bemühungen sind bekanntlich gescheitert, da sich der Kriegsminister, wie er früher der Budgetkommission selbst mitteilte, sehr entschieden weigerte, sich in das koloniale Weispennet zu legen. Deshalb soll nun das Schutztruppenkommando ausgebaut und auf eigene Füße gestellt werden. Ein Ueberwiegen der Militärverwaltung über die Zivilverwaltung befürchtet Dernburg nicht. Hinsichtlich der Kolonialarmee erklärte er, daß die Regierung nicht daran denke, eine solche Armee zu schaffen, aber man müsse immer auf alle Fälle eingerechnet sein; eine friedliche Okkupation vollziehe sich eben in den Kolonien nicht; er erinnere nur an die vielen Kolonialkriege der Engländer und Holländer. Oberstleutnant Quade suchte gleichfalls die Bedenken zu zerstreuen, daß mit der geplanten Neuorganisation ein militärisches Übergewicht in den Kolonien geschaffen werden sollte. Die Militärgewalt in den Kolonien stehe immer bei dem Gouverneur. Das einheimische Schutztruppenkommando habe wesentlich militärische Verwaltungsaufgaben und diese hätten sich in der letzten Zeit sehr vermehrt. Redner schilberte sehr eingehend die Verteilung der Arbeiten bei dieser Neuorganisation und General Sitt v. Armin verteidigte danach den Plan als absolut notwendig. Dr. Arning (natl.) erklärte sich mit der Forderung einverstanden. Die Vertreter anderer Parteien sind erst Donnerstag zum Wort gekommen, da um 1 Uhr wegen der Plenar Sitzung Vertagung eintrat.

**Reichstagspetitionen.** Das 3. Petitionsverzeichnis ist im Reichstage ausgegeben worden, es enthält 228 Petitionen.

**Die Kosten für die Naturalverpflegung des Heeres** haben sich infolge der agrarischen Zoll- und Wucherpolitik um 4½ Millionen Mark pro Jahr gesteigert. Die Nutznießer sind die Junker, denen die Fouragelieferungen für das Militär zufällt. Aus der Tasche des Proletariats holt man den letzten Heller.

**Wieder ein entlarvter Polizeispitzel.** In Berlin ist es unseren Genossen gelungen, den „Hausdiener Ernst Philipp“, der sich sowohl in die Partei als auch in den Transportarbeiterverband hatte aufnehmen lassen und in beiden Körperschaften eine eifrige Tätigkeit entfaltet, als den Kriminalschumann Nr. 5250 Paul Dietrich zu entlarven. Unheil hat der schmutzige Patron nicht anstiften können. — Wir kommen morgen eingehend auf diese Entlarvungsgeschichte zurück.

**Der Landtagswahlkampf in Bayern** ist am Sonntag von der Sozialdemokratie durch Verbreitung eines Flugblatts eröffnet worden.

**Er klagt nicht.** Über den Fall Eichhoff machte in einer in Mühlhausen i. Th. abgehaltenen liberalen Versammlung der Reichstags-Abgeordnete Dr. Wiemer Mitteilungen, aus denen hervorgeht, daß keine der in



Frage kommenden Parteien den Klagenweg beschreiten wird. Die freisinnige „Mühlh. Ztg.“ hatte bekanntlich dem Abg. Eichhoff, der das Mandat für Kemscheid angenommen und die Mühlhauser Wahl abgelehnt hat, Wortbruch zum Vorwurf gemacht und diesen Vorwurf auch nicht zurückgenommen, als der Abg. Eichhoff mit gerichtlicher Klage drohte. Abg. Dr. Wiemer sagte in der Versammlung: „Die Verhandlungen zwischen den beteiligten Kreisen haben bis jetzt noch zu keinem Ergebnis geführt; weitere Verhandlungen werden aber noch gepflogen. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich eine Beilegung dieses wenig erfreulichen Konfliktes gern sehen würde und eine völlige Aufklärung der zweifellos vorliegenden Mißverständnisse, die hier mitgewirkt haben, wünsche.“ — Wenn der Abg. Eichhoff keine Klage erhebt, trotzdem er ganz positiv erklärt hat, dies zu wollen, so stellt er sich damit in ein recht eigenartiges Licht. Den Freisinnigen ist die Sache natürlich sehr peinlich, und noch ganz kürzlich versicherte auch die „Freis. Ztg.“, daß Eichhoff die Klage erheben mußte.

**Wilhelm II. und die Arbeiterklasse.** Der englische Journalist Bafford, der Führer der Gainsborougher Arbeiter-Kommission, macht in einem soeben erschienenen Buche Mitteilungen über eine Audienz bei Wilhelm II. Der Kaiser soll wörtlich zu ihm gesagt haben:

„Sie wissen, daß mich alles, was mit der Situation der arbeitenden Klassen in unserm Volk zusammenhängt, eingehend beschäftigt. Wir haben in Deutschland viel für die arbeitenden Klassen getan. Meine Minister haben stets mit besonderer Aufmerksamkeit die Frage der Verbesserung ihrer Lage verfolgt. Eine der uns beschäftigenden Fragen ist die Arbeitslosenfrage. Bisher haben die Dinge bei uns in Berlin kein so ernstes Gesicht angenommen. Aber wir meinen nicht, daß die Frage nur auf dem Wege des Almosens geregelt werden kann. Man muß versuchen, den Leuten bezahlte Arbeit zu schaffen; Almosen ohne Beschäftigung wirken degenerierend.“

Die Äußerung: „Wir haben in Deutschland viel für die arbeitenden Klassen getan“ stimmt inhaltlich mit der andern überein, die vor zwei Jahren Wilhelm II. in den Mund gelegt wurde: „Die Kompottschüssel ist jetzt voll.“ Daß die Periode der „unvergleichlichen Blüte“ für die deutsche Industrie nicht mehr gar so lange anhalten wird, haben zu Weihnachten schon die preussischen Minister der wirtschaftlichen Ressorts der „Nationalzeitung“ verraten. Dann wird die Arbeitslosenfrage wieder brennend. Wenn Wilhelm II. zur Lösung dieser Frage angeregt, man müsse versuchen, den Leuten bezahlte Arbeit zu verschaffen, so ist das ein Zurückkommen auf das „Recht auf Arbeit“, das Bismarck 1884 proklamierte. Bismarck erntete dafür den verdienten Hohn der Arbeiterklasse.

**Für einen Zoll auf Milch und Rahm macht die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ wieder eifrig Propaganda.** Sie teilt die alle Agrarierherzen natürlich tief betrübende Tatsache mit, daß die Einfuhr von Milch und Rahm in das deutsche Zollgebiet in den letzten Jahren sehr stark zugenommen hat. Während die Gesamteinfuhr im Jahre 1903 nur rund 224 000 Doppelzentner betrug, ist sie im Jahre 1906 auf über 391 000 Doppelzentner gestiegen. An der Mehreinfuhr ist namentlich Dänemark beteiligt. Nach einer Bemängelung der Qualität der dänischen Milch macht das Agrarierblatt dann seinem Schmerze wie folgt weiter Luft:

„Es wird daher Rahm und Milch in das deutsche Zollgebiet nicht nur deswegen eingeführt, um der heimischen Milch Konkurrenz zu machen, sondern ganz besonders zu dem Zwecke, den Butterzoll zu umgehen. In den Monaten März bis Dezember vorigen Jahres sind in das deutsche Zollgebiet eingeführt worden rund 257 000 Doppelzentner Milch und über 73 500 Doppelzentner Rahm. Letzt man für beide Monate Januar und Februar dasselbe Verhältnis zu Grunde, so würden im Jahre 1906 insgesamt 285 500 Doppelzentner Milch und über 93 000 Doppelzentner Rahm eingeführt worden sein. Die eingeführte Milch stellt einen Butterwert von etwa 21 300 Doppelzentner, der eingeführte Rahm einen solchen von etwa 54 500 Doppelzentner dar, zusammen würde sonach der Butterwert etwa 75 800 Doppelzentner betragen. Die gesamte Buttereinfuhr im Jahre 1906 betrug fast 87 000 Doppelzentner; es macht somit die Milch- und Rahmeinfuhr dem Werte nach bereits mehr als ein Fünftel der Buttereinfuhr aus. Für Butter ist nun ein Zoll von 20 Mk. für den Doppelzentner zu entrichten. Dadurch, daß statt der Butter Milch und Rahm eingeführt wurden, hat die Reichskasse im Jahre 1906 einen Verlust von über 1 500 000 Mark erlitten. Die baldige Einfuhr eines Zolles auf Milch und Rahm, die trotz der Handelsverträge möglich ist, liegt sonach nicht nur im Interesse der heimischen Landwirtschaft, sondern auch in dem des Reichsfiskus, der dafür sorgen muß, daß die Möglichkeit beseitigt wird, den Butterzoll auf leichte und bequeme Weise zu umgehen.“

Das Interesse des Reichsfiskus ist für die Agrarier nur Vorwand, denn wo sie dem Reichsfiskus etwas abknöpfen können, sind sie schnell bei der Hand und machen sich nicht die geringsten Schwierigkeiten darüber. Man denke nur an die Zucker- und Braumweinliebesgaben, durch welche die Agrarier die Reichskasse um hunderte von Millionen geschädigt haben. Der wahre Grund des Jammers ist nur die Konkurrenz der ausländischen Milch, welche die deutschen Milch- und Butterproduzenten hindert, auch auf diesem Gebiete die deutschen Konsumenten so zu schröpfen, wie sie es möchten.

**Wenn ihnen eine Maus über die Leber läuft so schlagen auch die „Gebildeten“ aus dem bürgerlichen Lager gelegentlich den „Sauberdenton“ an, der angeblich nur unter den rohen Sozialdemokraten zu Hause sein soll.** Rechtsanwalt Karl Kohl, der in München II gegen Vollmar zum Reichstage kandidierte, in der Stichwahl aber unterlag, ist jetzt als Landtagskandidat der Liberalen und Demokraten in Memmingen-Badenhausen aufgestellt worden. Bevor er aber dort seine politischen Anschauungen entwickeln, hat er in der „Memminger Ztg.“ einige kräftige Liebenswürdigkeiten gegen den bekannten Zentrums-Schädler losgelassen. Rechtsanwalt Kohl jagt:

Dem Dr. Schädel, der seine priesterliche Würde und sein Reichstagsmandat davor hätte schützen müssen, mit der Ehre eines Wirtenschen ein freies Spiel zu treiben, habe ich brieflich mitgeteilt, seine Behauptung sei eine „schamlose Lüge“ und eine „Verleumdung“, und ich habe ihm nahegelegt, den Versuch zu machen vor Gericht seine Behauptungen zu erweisen. Inzwischen ist ein Monat ins Land gegangen, der Schädel in einer Ehre hat sich nicht gerührt, hat tapfer ge-

schwiegen und nicht gemurmelt, er trägt den Rock des Priesters, nennt sich „Dr. R.“ und hält es unter seiner Würde, begangenes Unrecht gut zu machen, oder seine Behauptung vor Gericht als wahr zu erklären. Ich kann warten, kann warten, bis die Antragsfrist zur Stellung des Strafantrages verfliehet ist, und werde mir in aller Ruhe überlegen, in welcher Form ich vom Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Schädel die Sühne für die mir zugefügte Beleidigung suchen werde, da ich nicht gewillt bin, einem Reichstagsabgeordneten ein Privilegium für Ehrabschneidung zuzuerkennen. Wer gewürdigt wird, einen Teil des deutschen Volkes im Parlament zu vertreten, lege seine Worte auf die Waagschale und sei sich bewußt, daß die dem Abgeordneten gewährte Immunität nur dann eine ethische und staatsrechtliche Berechtigung hat, wenn der Abgeordnete dieselbe nicht mißbraucht. Immunität ohne das notwendige Verantwortlichkeitsgefühl ist modernes Raubrittertum.

Wir dächten, das wäre auch ziemlich gepfeffert und der liberale wie der klerikale Bruder braucht sich hinfort über ein kräftiges Arbeiterwort nicht mehr zu erregen.

**Russische Zustände?** Die Farmer in Südwestafrika sollen bekanntlich für ihre Verluste während des Aufstandes entschädigt werden. Wie wir grundsätzlich über diese Entschädigungen aus Mitteln des Reichs denken, haben wir wiederholt zum Ausdruck gebracht. Nun ist dem Reichstag eine Nachweisung über die Schadenersatzleistungen zugegangen, die einen sonderbaren Anhang hat. In dem Anhang werden nämlich 19 einzelne Personen bzw. Firmen namhaft gemacht, deren Schadenersatzansprüche in Höhe von zusammen über 600 000 Mk. von der Regierung abgewiesen worden sind, wogegen wir an sich natürlich nichts einzuwenden haben. Sonderbar aber mutet die Begründung der Abweisung an. Da heißt es viermal „unwürdig“, einmal „nicht im Interesse des Schutzgebietes“, zweimal „kein im Schutzgebiet erwünschtes Element“. Aus welchen Gründen mag wohl die Verweigerung jemand als „unwürdig“ oder nicht im Interesse des Schutzgebietes erwünscht“ ansehen? Darüber erhält man keinen vollen Aufschluß. Doch geben einige weitere Bemerkungen Raum für recht unangenehme Vermutungen. Dreimal heißt es nämlich „politisch unzuverlässig“ und einmal „politisch zweifelhaft und unwürdig“. — Es würde in der Tat allem die Krone aufsetzen, wenn die Verweigerung die an sich schon recht anstößigen Schadenersatzgelder noch — ähnlich wie die Ostmarkenzulage — dazu gebrauchen wollte, Belohnungen und Strafen auszuteilen für das, was sie politische Wohlverhalten oder politische Unzuverlässigkeit zu nennen beliebt. Erinnert doch sogar schon der Ausdruck „politisch unzuverlässig“ arg an russische Zustände.

### Belgien.

Die Demission des Kabinetts ist vom König angenommen worden.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 19. April.

**Zuzug von Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten.**

### Die Streikleitung.

Der Zuzug von Maurern und Zimmerern ist fernzuhalten von Heiligenhafen und Oldenburg in Holst. wegen Streik.

**Travemünde.** Esperet für Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter ist das Geschäft von Schermann.

**Achtung, Gewerkschaftsvorstände und Distriktsführer!** Die Malfeier-Karten sind am Sonnabend abend von 8—10 Uhr beim Kassierer des Malfeier-Komitees, Genossen H. Ehlers, im Vereinshaus, Zimmer Nr. 8, in Empfang zu nehmen. — Ferner werden die Gewerkschaften und Vereine ersucht, je drei Hilfskomiteemitglieder für die Malfeier zu ernennen.

**Arbeitsruhe am 1. Mai** beschlossen die organisierten Schuhmacher.

**Der Bürgerausschuß** bewilligte in seiner letzten Versammlung 608,05 Mk. Mehrkosten, die beim Bau des Arbeiterkafes in Behldorf entstanden sind. Dem Leichenbestatter Friedhold, der nicht in den Dienst der Friedhofsbehörde übertritt, wurde ein jährliches Ruhegehalt von 1000 Mk., abzüglich einer etwa ihm zustehenden Alters- oder Invalidenrente, bewilligt. Ein Antrag auf Arealtausch mit der Allgemeinen Lokal- und Straßenbahngesellschaft an der Roock- und der Adenstraße wurde an eine Kommission verwiesen. Außerdem genehmigte der Bürgerausschuß mehrere Arealabtretungen an den Staat. Abgelehnt wurde der von der Bürgerkassiererei zur näheren Erwägung an den Bürgerausschuß verwiesene Antrag Dr. Wittern, die Bürgerkassiererei solle den Senat ersuchen, ihr baldmöglichst eine Gesetzesvorlage entgegenzubringen, wonach ein Hauseigentümer den Schaden aus öffentlichen Mitteln ersetzt erhält, den er dadurch erleidet, daß im Niveau der Straße, soweit diese an sein Hausgrundstück anstößt, Veränderungen vorgenommen werden, welche die Verbindung zwischen dem Hause und der angrenzenden Straßenflächen erschweren oder gänzlich unterbrechen.

**Die Lohntarif-Bewegung in den hiesigen Lagerbierbrauereien** ist beendet. Die Tarifkommission schreibt uns: Nachdem zum 1. Januar d. Js. der alte Tarif gekündigt war, wurde im Februar der neue Tarifentwurf eingereicht. Die Arbeitgeber sandten nach einigen Wochen einen Gegenantrag, worauf dem in eine mündliche Verhandlung eingetreten wurde. Schon in der ersten Verhandlung wurde mit Ausnahme einiger kleineren Punkte eine Einigung erzielt; auch diese Punkte wurden bald durch beiderseitiges Entgegenkommen erledigt, sodas am Montag der Tarif unterzeichnet werden konnte. Wenn auch nicht alle Wünsche der Kollegen in Erfüllung gegangen sind, so können wir doch mit dem neuen Tarif zufrieden sein; die Arbeitgeber haben uns im Verhältnis zu manchen anderen Arbeitgebern ein gutes Entgegenkommen gezeigt und daher war es möglich, den Frieden zu erhalten. Es ist ein Tarif auf 4 Jahre abgeschlossen. Außer dem Zugehörnis der 1/2-stündigen Arbeitszeit wurden die Löhne, besonders die der am niedrigsten bezahlten Brauerei-Arbeiter, bedeutend aufgebessert. Die Sonntagsarbeit im inneren Betrieb ist abgeschafft worden. Nun werden sich wohl alle diejenigen beruhigen, die immer damit freiben gegangen sind, daß die Brauereiarbeiter streiken wollen. Es ist uns niemals eingefallen, geradlos in den Streik zu treten, im Gegenteil la la Konekto hier Gelegenheit zu geben, sich in den Brauereien breit zu machen; das wird ihnen diesmal nicht gelingen. Der Lohnkampf hier in Lübeck wird uns erheitert durch die Konkurrenz derjenigen auswärtigen Brauereien, in denen noch traurige Lohnverhältnisse existieren, wo die Organisation nicht imstande war;

festen Fuß zu fassen wie z. B. die Kakeburger, Möllner und Nichtenberger Brauereien. Wir ersuchen die Arbeiterkassiererei dies zu beachten. Ferner ersuchen wir die Wirte und Bierhändler, ihren Bedarf in Bier, soweit es irgend geht, an Wochentagen zu decken und nicht am Sonntag.

**Benennung der neuen Eisenbahn-Überführungen.** Durch Beschluß des Senates vom 19. ds. Mts. sind folgende Überführungen über die Eisenbahnen zu benennen: 1. die Überführung des Fußsteiges nach Huntekuf „Huntekufsteig“, 2. die Überführung der Fackelburger Allee „Fackelburgerbrücke“, 3. der von der Klappbrücke nach der Katharinenstraße führende Steg „Mariensteig“, 4. die Überführung der Marktstraße „Marktsteig“, 5. die Überführung der Eisenstraße „Eisensteig“.

**Über angeblichen Waffenschmuggel** von Lübeck nach Finland wissen auswärtige Mütter folgendes zu berichten: „Es stellt sich jetzt heraus, daß die Verschickung von Waffen und Munition für die russischen Revolutionäre auch von Deutschland ausging. Aus dem Lübecker Hafen sind nach den behördlichen Ermittlungen in den letzten zwei Monaten 900 Mützen Waffen und Munition unter falscher Deklaration nach den finnischen Häfen befördert worden. Die Mehrzahl der falschen Deklarationsangaben erfolgte unter englischer Flagge.“ — Zweifellos handelt es sich hier um die Phantastprodukte eines honorarhungrigen Zeitschänders.

**Au Genickstarre** ist nach Ansicht des Arztes Dr. Schnoor wahrscheinlich der 14-jährige Sohn des Maschinenmeisters Runge gestorben. Es sind sofort alle erforderlichen Maßregeln getroffen worden, um ein weiteres Ausbreiten der furchtbaren Krankheit zu verhindern.

**Warnung.** Mittel gegen Bandwurm empfiehlt mittelst Prospekte, die auch hiesigen Blättern beigelegt worden sind, Theob. Konekto, Spezialist in Stein im Kanton Margau. Ein hiesiger Einwohner, der ebenso wie seine Frau, an Bandwurm leidet, wandte sich denn auch an diesen Spezialisten um Rat. Er erhielt zunächst einige Broschüren und ein Schreiben zugesandt, in welchem Präparate zur Abführung des Wurmes empfohlen wurden. Die Zulassung des Präparats sollte durch Nachnahme erfolgen. Unser Mann wollte nun zunächst sich vergewissern, wie hoch sich die Kosten belaufen und richtete eine diesbezügliche Anfrage an Konekto. Anstelle einer Antwort erhielt er jedoch die Präparate gegen insgesamt 19,90 Mk. Nachnahme zugesandt. Da er nichts bestellt hatte, so verweigerte er die Annahme und die Sendung ging zurück. Es soll hier nicht untersucht werden, ob die angepriesenen „Mittel gegen Bandwurm“ wirksam sind oder nicht; teuer sind sie zweifellos; und da ist es nicht mehr wie recht und billig, daß man sich vorher nach dem Preis derselben erkundigt. Es spricht nicht für die Keeltheit eines Geschäftes, wenn dann anstatt einer Antwort die teure Sendung gegen Nachnahme erfolgt, in der Erwartung, daß dieselbe doch angenommen wird, wenn sie präsentiert wird.

**Zu die Trave** geriet gestern nachmittag ein Möbelwagen, der in der Nähe des Lagerhauses bei der Drehbrücke stand. Wahrscheinlich infolge eines Windstoßes setzte er sich in Bewegung und lief über die Quatmaner ins Wasser. Mit Hilfe des Tauchers und des großen Krabhs gelang es, den Wagen wieder aus der Trave herauszuholen.

**Lütjenburg.** Erfolgreiche Lohnbewegung. Hier forderten die Maurer die neunehalfstündige Arbeitszeit und 48 Hfg. Stundenlohn. Die Unternehmer, welche zunächst einen völlig ablehnenden Standpunkt einnahmen, erklärten sich später bereit, vom 1. März 1908 die neunehalfstündige Arbeitszeit zu gewähren und den Stundenlohn von 40 auf 45 Hfg. zu erhöhen. Dieser Antrag wurde angenommen.

**Travemünde.** Zur Sperre über Schermann ist zu berichten, daß letzterer alle Anstrengungen macht, Leute aufzutreiben. Bis jetzt jedoch ohne Erfolg. Wie gerüchtweise verlautet, will Schermann versuchen, seine hiesigen Arbeiter Lübecker Unternehmern zu übertragen. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß Unternehmern Maurer und Bauarbeiter zu diesem Zweck nach Travemünde schicken wollen. Möge sich ein Jeder erst genau danach erkundigen, damit er nicht in die Verlegenheit kommt, Streikbrucharbeit zu verrichten. Bei zweifelhaften Fällen soll sich ein Jeder erst an der zuständigen Stelle erkundigen. Hoch die Solidarität!

**Hamburg.** Zur Aufsperrung der Schauerleute. Gestern morgen hielt der Hafenbetriebsverein eine Sitzung im Kontor des Reeders E. J. Mathies ab. Dort sind die Vorschläge erörtert worden, die der Kommission der Schauerleute vorgelegt werden sollten. Gestern nachmittag fand im Hause der Hamburg-Amerika-Linie eine Besprechung der Kommission der Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt. Heute früh 9 Uhr findet dann eine Versammlung der Schauerleute im Gewerkschaftshaus statt. Danach hat es den Anschein, als ob der Konflikt baldigt beendet sei. — Die Hafenarbeitersperre vor der Hamburger Bürgerkassiererei. Zu Beginn der letzten Bürgerkassiererversammlung interpellierte der sozialdemokratische Abgeordnete und Redakteur des „Hamb. Echo“, Gen. Emil Fischer, die Mitglieder der Deputation für Handel und Schiffahrt, welche Schritte diese Behörde zur Beilegung des Hafenarbeiterskonfliktes genau habe, und was sie eventuell zu tun gedenke. Herr J. J. Giffé gab als Mitglied der Deputation eine einseitige Darstellung der Entschlingung des Konflikts und erklärte, daß dieser von den Schauerleuten provoziert worden sei. Dr. Carl Petersen von den vereinigten Liberalen rügte, daß Herr Giffé als Vertreter einer hamburgischen Behörde nicht unparteiisch gesprochen habe; auch die politische Presse, speziell die „Hamb. Nachr.“ und das „Hamb. Fremdenblatt“ hätten in unerhörter Weise geäußert, indem sie die Gegenseite verhöhrten, anstatt der Aufgabe der politischen Presse entsprechend, sie anzuzuleihen. Es sprachen dann noch Dr. Mümmen, Syndikus der Hamburg-Amerika-Linie, und Dr. Weisphal von der Fraktion der Rechten, der es für unzumutbar hielt, daß sich die Deputation in den Konflikt einmische. Darauf wurde zur Tagesordnung übergegangen. — Der Schneiderstreik in Hamburg-Altona ist beendet. Mittwoch fanden Verhandlungen vor dem Gewerbegericht statt, die abends 6 Uhr ihren Abschluß fanden, und zwar mit einem für die Arbeiter, der augenblicklichen Situation angemessen, günstigen Resultat. Abends tagte eine Mitgliederversammlung, von 2000 Personen besucht, die nach teilweise recht erregter Debatte mit 800 gegen 346 Stimmen beschloß, das Angebot der Arbeitgeber zu akzeptieren und Donnerstag morgen die Arbeit aufzunehmen. Ein großer Teil der Mitglieder enthielt sich der Abstimmung. Der bald fünf Wochen währende Kampf hat also sein Ende erreicht, denn auch die Generalversammlung der Arbeitgeber hat den vor dem Gewerbegericht getroffenen Vereinbarungen zugestimmt.

**Heiligenhafen.** Zur Arbeits-einstellung der Maurer und Zimmerleute ist zu berichten, daß hauptsächlich das prologische Verhalten der Unternehmer hieran schuld ist. Vor 2 Jahren ist wohl durch mündliche Aussprache der Lohnsatz festgelegt. Die Unternehmer hatten aber versprochen, wenn die Bauartigkeit gut blieb und eine Steigerung der Lebensmittelpreise einträte, würden sie ganz von selbst einen oder 2 Pfennig pro Stunde zulegen. Darauf hatten die Maurer und Zimmerer bis jetzt vergebens ge-



wartet: Es blieb ihnen nichts anderes übrig, als um eine Zulage nachzusuchen. Die Unternehmer verweigerten diese ganz entschieden. Als nun am Sonnabend der Unternehmer Verein sämtliche Maurer und Zimmerer entließ, weil einige ihre Baplere abgefordert hatten zwecks Abreise, war die Aufregung eine derartige, daß eine gesamte Arbeitseinstellung nicht mehr zurückgehalten war. Die Bemühungen der Bauleiter, eine Verständigung herbeizuführen, waren erfolglos, da die Unternehmer jegliche Unterhandlung ablehnten. Der Zuzug von Maurer und Zimmerer ist streng fernzuhalten.

**Neustadt i. S.** Verbotener Umzug. Auf seine Eingabe an die Polizeiverwaltung vom 10. April, in der er um die Erlaubnis zu einem Umzug durch die Stadt am 1. Mai ersuchte, erhielt Genosse Meyer den folgenden Bescheid: „Ihren Antrag vom gestrigen Tage, am Mittwoch, den 1. Mai 1907, einen Umzug durch die Stadt Neustadt zu veranstalten, lehne ich ab. Tauscher.“ Wir erleben es jeden Sommer, daß auswärtige Vereine, die allerdings keinen roten Anstrich haben, mit voller Musik durch die Straßen unserer Stadt marschieren, ohne daß die Hochwohlthätigkeit ihnen etwas in den Weg legt. Die Arbeiter in Neustadt sollten sich das zu Gemüte nehmen und zum Protest sich samt und sonders dem Sozialdemokratischen Verein anschließen.

**Kiel.** Ein preussischer Richter gegen Polizeischikanen. Gegen Kleinlichkeit in der Handhabung der Polizeigewalt machte der Vorsitzende des Kieler Schöffengerichts, wie der „Welt. Volksztg.“ von dort berichtet wird, in einer Verhandlung front. Bei der Zeugenernehmung von Schulgelehrten, die wegen geringfügiger Vapfallen erstattet hatten, die zur Verhandlung vor dem Schöffengericht führte, erklärte der Vorsitzende, er sei autorisiert, es auszusprechen, daß es nicht im Interesse der Allgemeinheit liege, wenn von den Beamten wegen geringfügiger Vorkommnisse immer gleich Anzeige erstattet werde. Er ersuchte auch die Beamten, dem Dezerenten mitzuteilen, daß in den meisten Fällen der Verhängung von Polizeistrafen das Mindestmaß genüge. Dadurch, daß die Polizei aber fast stets über dieses hinausgehe, gebe sie den Betroffenen Veranlassung, dagegen Einspruch zu erheben und sich dabei noch gerichtlichen Scherereien auszusetzen. Auch an anderen Orten dürfte eine solche

Wahmung vielfach am Platze sein, um den Klagen des Publikums über Polizeischikanen einen Riegel vorzuschieben. — Dieser Richter dürfte ein weiser Rabe sein.

**Burg a. F.** Erfolgreiche Lohnbewegung. Hier forderten die Maurer eine Erhöhung des Stundenlohnes von 40 auf 46 Pf. und Verkürzung der Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 Stunden. Auf dem Wege der Unterhandlung wurde eine Einigung erzielt. Vom 15. April ab beträgt der Stundenlohn 45 Pf. bei zehnstündiger Arbeitszeit. Dieser Lohnsatz gilt für die ganze Insel Rügen.

**Lübeck i. S.** Ausstand im Baugewerbe. Hier kam es am Donnerstag morgen zur Arbeitseinstellung der Maurer und Zimmerer. Bereits im Januar war den Unternehmern die Forderung der Gesellen zugegangen, vom 1. April ab eine Lohnzulage von 3 Pf. pro Stunde zu gewähren und für Landarbeit ein tägliches Landgeld von 30 Pf. zu gewähren. Anfang März fand eine Unterhandlung statt, wo die Unternehmer dann einen Bescheid gaben. Dieses lehnten die Maurer und Zimmerer ab. Den Unternehmern wurde anheim gegeben, bis zum 15. April eine Einigung herbeizuführen. Am Mittwoch abend boten dann die Unternehmer den geforderten Lohn vom 1. August. Da dann aber größtenteils die Bauarbeiten vorüber ist, lehnten Maurer und Zimmerer auch dieses Anerbieten ab und beschloffen einstimmig die Arbeitseinstellung. Der Zuzug von Mauern und Zimmerern ist streng fernzuhalten.

**Schwerin.** Genickstarre. In Wreberow bei Schwaa kamen drei Fälle von Genickstarre vor; eine Tagelöhnerfrau ist gestorben, die beiden anderen Personen sind schwer krank.

**Lüneburg.** Aufforderung zum Rechtsbruch. Die Welfen haben gegen die Wahl der nationalliberalen Abgeordneten in den Wahlkreisen Lüneburg, Gelle und Wetzlar Protest eingelegt. Wie die welfische „Deutsche Volkszeitung“ berichtet, haben die Nationalliberalen erklärt, der Behandlung der Wahlproteste mit aller Ruhe entgegenzutreten. Dazu schreibt die „Deutsche Volksztg.“: „Worin diese angebliche oder wirkliche Zuversichtlichkeit ihren Grund hat, ergibt sich aus den Bemerkungen des „Lüneb. Kreisblattes“, als der Inhalt unseres Protestes zu seiner Kenntnis kam. Damals hieß es: „Nach dem, was über die

Regelung des Wahlprotestes aus den Mitteilungen der welfischen Presse bekannt geworden ist, ist sie derart, daß wenn dieser Protest die gewünschte Anerkennung finden sollte, der ganze Reichstag noch einmal gewählt werden müßte. Die Abgeordneten von Lüneburg, Wetzlar und Gelle mögen nur dafür sorgen, daß bei der Abstimmung über die Gültigkeit ihrer Wahl die nationale Mehrheit des Reichstages vollzählig zur Stelle ist, dann braucht man sich über keine welfischen Wahlproteste, die natürlich die lebhafteste Unterstützung von Seiten des Zentrums und der Sozialdemokratie finden werden, zu kümmern.“ Diese durch Sperrbrief vom Kreisblatt selbst hervorgerufenen Zeiten sprechen es ganz ungenügend aus, daß es den nationalen Hintermännern des „Kreisblattes“ völlig gleichgültig ist, ob der Protest begründet ist oder nicht. Nicht nach dem Rechte soll der Reichstag entscheiden, sondern man erwartet daß die rohe Gewalt der aktiven Mehrheit das Recht erstickt.

**Bremen.** Bei Schiffsbesichtigungen. Die sozialdemokratische Fraktion hat den folgenden Demittationsantrag beim Reichstag eingebracht: „Der Senat beauftragt die Untersuchungskommission mit einem sorgfältigen Bericht darüber, wie jene sich in dem Bistum des Schiffsinspektors verhalten, soweit es sich nach den Feststellungen der Disziplinarkammer im Verlaufe der letzten Seemanns-Parteienwahl, Lübeck und Hensberg überblicken läßt, gestellt hat bzw. zu stellen gedenkt?“

**Quittung.**

Für die Partei gingen ein:  
Vom Bau Schiffe in Elms . . . 15,20 Mk.  
Der Kassierer  
des Sozialdemokratischen Vereins.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. bezeichneten Artikel Paul Edwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Steckling. Verleger: F. H. Scharrh. Druck: Friedr. Wener u. Co. Sämtlich in Lübeck.

**Gute Zigarren**  
100 St. 2,50 u. 3,50 Mark. Johannisstr. 17/19.

Alten pikanten  
**Zilsiter Volkstett,** leicht be-  
schäftigt, Pfund 60 Pfg.  
Alten pikanten  
**echten Holländer,** etwas be-  
schäftigt, Pfund 60 Pfg.

**Hans Wegener**  
obere Wahnstraße 10.

**Pr. Schweinefl.** Pfd. 50 u. 55 Pf.  
Pr. ger. Schweinebacken ohne Knochen 55 Pf.  
Pr. Kopf und Bein „ 20 „  
„ bestes Schmalz „ 65 „  
„ fetter Speck „ 80 „  
„ magerer Speck „ 80 „

Gelochte Fettwurst 60 Pfg., Leberwurst 60 Pfg.,  
Braunschweiger 50 und 80 Pfg., Drehwurst  
60 Pfg., Kohlwurst 60 Pfg., Klüppel 50 Pfg.,

ff. Aufschnitt 1.20 Mk.  
**M. Labritz, Böttcherstr. 16.**

**Prima Landschinken**  
sowie sämtliche  
**Fleisch-u. Wurstwaren**  
in bekannter Güte  
empfiehlt

**H. Spangenberg**

Schlachterei u. Wurstfabrik m. elektr. Betr.  
**Schwartauer Allee 59** Ecke Ludwigs-  
straße.

Morgen Sonnabend empfehle:  
Pa. dicke Flohmen Pfd. 60 Pf.  
Kopf und Bein = 20 =  
Bratenschmalz = 40 =

**Adolf Schmidt**  
Meislinger Allee 6 b.

**Gebrüder Barg, Lübeck, Kohlmarkt 5.**

**Sonder-Angebot in Herren-Anzügen**  
29.00, 22.00, 16.00, **11.75** Mk.

**Jünglings-Anzügen**  
22.00, 17.50, 13.50, **9.75** Mk.

In allen Grössen vorrätig

**Burschen-Anzügen**  
13.50, 10.50 **7.50** Mk.

**Knaben-Anzügen**  
5.50, 4.50, 3.75 **2 85** Mk.

**Ein Posten vorjähriger Paletots**  
ohne Berücksichtigung des früheren Wertes  
jetzt pro Stück **10** Mk.

Lubeca-Rabattmarken oder 4 % in bar.

Apfelsinen sind billig. Dhd. 20 Pfg.  
an bis zu 100 Pfg.  
Zitronen 4 Stk. 10 Pfg.  
Aepfel Pfd. 10 Pfg. bis 30 Pfg.  
Land-Eier 11 Stk. 60 Pfg.

**Friedr. Schultz**  
nur Engestr. 2.

Siehe ein schönes zweijähriges  
**Füllen**

geschlachtet, wovon ich das  
Fleisch bestens empfehle  
**R. Dieckhoff Wwe., Obertrave 12.**

**Friedr. Paetau**

Wurstfabrik,  
27 Mühlenstraße 27.  
Prima dicke Flohmen Pfd. 60 Pfg.  
Grieben, frisch und gesalzen „ 50 „  
Schmalz und Woten „ 15 „  
Kopffleisch „ 40 „  
ff. Bratenschmalz „ 40 „  
ff. Wurst per Pfd. 60 und 80 „  
Sülze „ 60 „ 80 „  
Klebwurst Pfd. 60 „  
1 Pfd. geräucherter Wurst „ 80 „

**Pa. Schweinefleisch Pfd. 55 Pf.**  
= Flohmen = 60 =  
= Kopf und Bein = 20 =  
Kleine Rauchstücke = 70 =  
Gefochte Wurst = 60 =  
Leberwurst = 60 =

**Wilh. Strobfeldt**

Glockengiesserstrasse 73,  
Markthallenstand 13, 14, 15.  
Morgen Sonnabend empfehle  
in sehr schöner Qualität

Leberwurst Pfd. nur 48 Pfg.  
Braunschweiger „ „ 48 „  
Brezkopf „ „ 48 „  
Klebwurst „ „ 60 „  
Salamiwurst „ „ 88 „  
Kolonialwaren und Käse.

Preise im Schaufenster.  
**Otto Burkhardt,**  
42. Huxstrasse 42.  
NB. Schmierseife, weisse Pfd. 10 Pfg.  
Seifenpulver, 3 Pack 25 „

**Rote Rabattmarken.**  
**Frühjahrs-Neuheiten**  
in **Hüten und Mützen**  
für Herren, Knaben und Mädchen  
sowie **Stroh Hüte**  
in großer Auswahl neu eingetroffen.  
**Huxstr. 26. Walter Stalbohm.**

**Familienfeier halber**  
bleiben  
**H. E. Koch's Möbelhäuser**  
am Dienstag, den 23. ds. Mts., v. mittags 2 Uhr  
**geschlossen.**  
Alle und besonders auswärts wohnende geehrte Kunden und Möbelfeuer werden gebeten, dies gefl. beachten zu wollen.

**Versuchen Sie die Lübecker Rabatt-Margarine „Lubeca“,**  
sie ist schon in sehr vielen Geschäften zu haben.

Nur noch kurze Zeit.  
Guter fetter Zilsiter Käse Pfd. 50 Pfg.  
Sehr schöner Schweizer-Bruchkäse „ 40 „  
Zilsiter Volkstettkäse in Staniol „ 40 „  
**Eduard Speck, Huxstraße 80.**

**Neu angekommen:**  
Waschseife 2,75, 3,25, 4 bis 12 Mk.  
Waschbretter 60, 85 100 bis 140 Pf.  
Waschkörbe 95, 1,25, 1,85, 2,50—4,50  
Waschleinen 50, 85, 115, 175, 275, 350  
Waschtuch-Decken 38, 60, 130, 180, 210, 260  
Waschtuch, Mtr. 1,10, 1,25, 1,45—1,60 Mk.  
Wandschoner in sortiert. Sorten 38 Pf.  
Waschtuchspitzen, Meter 3, 5, 7, 10, 12 Pf.

**Ueber 100 Stück Sportwagen Kinderwagen**  
6,50, 7,80, 9,25, 10,25, 12,50—15,25 Mk. enorm billig.

**Riesen-Bazar**  
Breitestraße 33. Pietro Cagna. Breitestraße 33.

# Herren- und Knaben-Garderoben.

Erprobte Qualitäten mit besten Zutaten verarbeitet. Meine Preise sind unübertroffen billig!

<b>Herren-Jackett-Anzüge</b>	aus feinen Stoffen im englischen Geschmack mit oder ohne Taille und Schlitz	9 <sup>00</sup>	12 <sup>50</sup>	18 <sup>50</sup>	24 <sup>50</sup>	29 <sup>50</sup>	36 <sup>00</sup>
<b>Herren-Rock-Anzüge</b>	aus modern gemusterten, streifenbildenden Stoffen in eleganter Verarbeitung	25 <sup>50</sup>	32 <sup>50</sup>	39 <sup>50</sup>	42 <sup>00</sup>	48 <sup>00</sup>	54 <sup>00</sup>
<b>Herren-Sommer-Paletots</b>	aus Coverfoval, Meltons oder karierten Cheviots, glockenförmiger Schnitt	10 <sup>50</sup>	14 <sup>75</sup>	19 <sup>50</sup>	24 <sup>50</sup>	28 <sup>50</sup>	34 <sup>50</sup>
<b>Jünglings - Anzüge</b>	aus Modestoffen, elegant verarbeitet	5 <sup>50</sup>	9 <sup>50</sup>	13 <sup>50</sup>	18 <sup>75</sup>	21 <sup>50</sup>	26 <sup>50</sup>
<b>Sommer - Joppen</b>	aus Loden- oder Waschstoffen in vielen Fassons, mit und ohne Falten	98 <sup>Pfg.</sup>	1 <sup>75</sup>	2 <sup>50</sup>	4 <sup>50</sup>	6 <sup>75</sup>	8 <sup>50</sup>
<b>Fantasie - Westen</b>	enorme Auswahl im allerneuesten Geschmack	1 <sup>95</sup>	2 <sup>40</sup>	3 <sup>30</sup>	4 <sup>25</sup>	5 <sup>00</sup>	6 <sup>50</sup>

**Extra-Auslage!** Zum Teil **für die Hälfte** des regulären Wertes.

<b>ca. 300 Knaben-Anzüge</b>	Sort. I:	<b>2<sup>60</sup></b> Mk.	Sort. II:	<b>5<sup>50</sup></b> Mk.	Sort. III:	<b>6<sup>90</sup></b> Mk.	Sort. IV:	<b>7<sup>75</sup></b> Mk.
<b>ca. 400 Herren-Hosen</b>	sonst Wert 2 <sup>90</sup>	<b>1<sup>95</sup></b> Mk.	sonst Wert 5 <sup>20</sup>	<b>3<sup>00</sup></b> Mk.	sonst Wert 7 <sup>75</sup>	<b>5<sup>50</sup></b> Mk.	sonst Wert 9 <sup>75</sup>	<b>6<sup>50</sup></b> Mk.

==== **Besonders preiswert!** ====      ==== **Grösste Auswahl!** ====

## Herren- und Knaben-Hüte und -Mützen.

<b>Herren-Hüte</b> neue weiche Form	2,10	<b>Herren-Mützen</b> blau Tuch mit Stoffschirm	38 Pfg.	<b>Knaben-Strohhüte</b> Matrosenform, mit Band garniert	65 Pfg.
<b>Herren-Hüte</b> neue steife Form	2,50	<b>Herren-Mützen</b> blau Tuch Jachtklubform	85 Pfg.	<b>Knaben-Strohhüte</b> Matrosenform blau-weiss Strohgell.	75 Pfg.
<b>Herren-Hüte</b> m. flachem Rand allermoderneweste steife Form	3,75	<b>Knab.-Ballonmütz.</b> blau Tuch	35 Pfg.	<b>Knaben-Strohhüte</b> weisser Rundhut mit schwarzem Band	38 Pfg.
<b>Herren-Hüte</b> „Echt Haar“ neue steife Form	4,25	<b>Knab.-Ballonmütz.</b> blau Cord	45 Pfg.	<b>Herren-Strohhüte</b> runde Form, weisses Strohgellecht	70 Pfg.
<b>Knaben-Hüte</b> in melierten Farben	1,40	<b>Knaben-Mützen</b> PrinzHeinrich-Form	48 Pfg.	<b>Herren-Strohhüte</b> moderne Kniff-Form weisses Strohgellecht	85 Pfg.
<b>Knaben-Hüte</b> neueste Sportform	1,50	<b>Knaben-Matrosen-Mützen</b> blau Tuch	85 Pfg.	<b>Herren-Strohhüte</b> grosse Form für ältere Herren	90 Pfg.

# Rudolph Karstadt

## Lübeck.



## Zur Beachtung.

Nach einem Beschlusse des Parteivorstandes lautet von jetzt ab die Adresse des Parteibureaus

**W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.**

Die Genossen werden ersucht, sich dieser Adresse bei ihrer Korrespondenz mit dem Parteivorstande zu bedienen.

Alle Geldsendungen für die Parteikasse sind vor wie nach zu richten an

**A. Gerisch, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.**

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 18. April 1907.

32. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky.

Die zweite Beratung des Stats für das Reichsamt des Innern wird beim Kapitel Reichsgesundheitsamt fortgesetzt.

**Prinz Ebonach (Katholik):** Mit den Vertretern der Regierung, speziell des Reichsgesundheitsamts, etwas Näheres über die Versuche bekannt, welche von der Automobilindustrie zur Einschränkung der Dampf- und Staubentwicklung gemacht werden? Das Reichsgesundheitsamt müßte sich um diese Dinge ernstlich kümmern; es ist bereits dahin gekommen, daß man den Bergarten und den Grubenwald kaum noch als Erholungsstätten für die Bevölkerung bezeichnen kann. (Lebhafte Zustimmung auf vielen Seiten.)

**Föveking (ZD):** Der Abg. Reichler forderte die Anstellung von Ärzten bei der Gewerbeinspektion. Um einer Vagantenbildung vorzubeugen, stelle ich fest, daß die Sozialdemokraten bereits seit 10 Jahren auf diese Kommissariate hingewiesen haben. Im November v. J. hat der Reichstag bereits eine von den Sozialdemokraten eingebrachte Resolution gegen gewisse Stimmen angenommen, welche die Einschränkung der Arbeitszeit in den Walz- und Hüttenwerken forderte. Hierauf hat die Regierung erst am letzten Sonnabend etwas hören lassen. Der Staatssekretär für das Reichsamt des Innern erklärte nämlich, es liege die Absicht einer Enquete über die einschlägigen Verhältnisse in der Eisenindustrie vor; er habe sich deshalb an den preussischen Handelsminister gewandt und müsse abwarten, welchen Erfolg diese Enquete haben werde. Diese Antwort befriedigt uns nicht. Wir fordern nicht Erhebungen, sondern Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter, die in den Walz- und Hüttenwerken beschäftigt sind. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber selbst wenn die Regierung meint, sie könne solche Bestimmungen nicht ohne vorhergehende Erhebungen erlassen, so ist es nach unserer Auffassung nicht angebracht, mit diesen Erhebungen das preussische Handelsministerium zu beauftragen, denn zu diesem haben die Arbeiter kein Vertrauen. Wündertens müßten die Erhebungen vom Beirat für Arbeiterstimmen angestellt werden. Daß das preussische Handelsministerium seitens der Arbeiter kein Vertrauen verdient, hat ja auch der Staatssekretär Graf Posadowsky am Sonnabend selbst bewiesen, als er uns mitteilte, daß der preussische Handelsminister ein Bedauern zur Regelung der Arbeitszeit durch einen Maximalarbeitszeitgesetz für Männer und Frauen nicht anerkennt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Will die Reichsregierung zuverlässiges Material über die Arbeitsverhältnisse in den Walz- und Hüttenwerken haben, so werden ihr die gesamten Arbeiterorganisationen, besonders der Deutsche Metallarbeiterverband, die tätige Mitwirkung zu teil werden lassen. Es handelt sich hier um eine Arbeiterschaft von einhalb Millionen, mit ihren Angehörigen um etwa fünf

Millionen Deutsche, die in der Eisen- und Metallindustrie ihren Gwerb finden. Diese Tatsache beweist, wie wichtig der Schutz dieser Arbeiterschaft ist. Graf Posadowsky sagte ja selbst einmal, daß die Größe der deutschen Industrie auf der Lächerlichkeit ihres Arbeiterstandes beruhe. Dann hat die Reichsregierung doch die Verpflichtung, für den Schutz der Arbeiterschaft einzutreten. Die Behauptungen des Unternehmens, daß die Industrie durch unsere soziale Gesetzgebung ganz unentgeltlich belastet werde, zerfallen bei näherem Zusehen in nichts. Die Rentabilität der Mehrzahl der Hüttenwerke läßt sehr wohl nicht nur höhere Löhne, sondern auch einen höheren Schutz der Gesundheit der Arbeiter zu. (Zehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nach den Angaben der Berufsgenossenschaften in der Eisen- und Stahlindustrie finden wir Arbeitsverdienste von 868—1087 Mk. jährlich. Bei den geringeren Preisen aller Lebensbedürfnisse reicht aber selbst ein verhältnismäßig höherer Arbeitsverdienst zur Führung einer guten Lebenshaltung nicht aus, wie unter anderem auch der bürgerliche Nationalökonom Dr. Ehrenberg ausdrücklich anerkannt hat. Daß übrigens die angeblich hohen Verdienste der Arbeiter in den Hüttenwerken nur durch eine ganz übermäßig lange Arbeitszeit zu Stande kommen, zeigt deutlich die vom Deutschen Metallarbeiterverband veranstaltete Enquete. Nach den Ausführungen, die der Kollege Giesberts neulich hier gemacht hat, kommen wöchentliche Arbeitszeiten von 100 bis 110 Stunden vor und 24 Stunden Arbeit hintereinander, selbst vollständige Arbeit ohne Unterbrechung sind keine Seltenheit. (Hört, hört! bei den Zeh.) Die Unternehmer in der deutschen Metallindustrie kennen wir ja und wissen, daß sie keine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten lassen wollen. Um so mehr also muß die Gesetzgebung einwirken, um die Gesundheit der Arbeiter zu schützen. (Zehr wahr! b. d. Zeh.) Die Möglichkeit der Verkürzung der Arbeitszeit ist ja auch an vielen Orten schon praktisch bewiesen; es geben die achtstündigen Schichten in Gaswerken, das zeigen auch die Ausführungen zum bürgerlichen Sozialpolitik. Die Herabsetzung der Arbeitszeit ist eine absolute Notwendigkeit, um die Gesundheit der Arbeiter in den Hütten- und Walzwerken zu schützen. Welche Degeneration der Arbeiter durch die übermäßig lange Arbeitszeit herbeigeführt wird, dafür geben uns auch bürgerliche Sozialpolitiker — ich nenne nur Dr. Zilllich und Schelwag — Beispiele in Hülle und Fülle. Auch die Zahl der Unfälle nimmt in erschreckendem Maße zu; so sind sie im Bezirk der Rheinisch-Westfälischen Stahlwerks-Gesellschaft von 9,5 auf 15,2 pro 1000 gestiegen, im Bezirk der Rheinisch-Westfälischen Walzwerks-Gesellschaft sind die Unfälle von 17,88 im Jahre 1905 auf 19,04 im Jahre 1906 gestiegen. Wir fordern in unserer Resolution, daß zur Überwachung der Unfallverhütungsmaßnahmen in schärferer Weise eingewirkt wird, und daß Arbeiterkontrollen den Gewerbe-Inspektoren beigegeben werden. Die Enquete des Metallarbeiterverbandes hat sich nicht nur auf die Arbeitszeit und die Unfallgefahr beschränkt, sondern ist auch auf die sanitären Einrichtungen ausgebeugt worden. Und auch da haben sich in Bezug auf Trinkgelagenheit, auf Waschlagenheit, auf Speiseräume, auf Ventilation der Arbeitsräume z. wahrhaft erschreckende Zustände ergeben, kein einziges Werk entspricht in seinen Einrichtungen modernen sanitären Anforderungen. Die Arbeiter in diesen Werken sind auch sehr schlecht organisiert, und das erklärt sich zu einem Teile daraus, daß von den Besitzern und Leitern der Werke der denkbar schärfste Terrorismus ausgeübt wird. (Hört! Hört! bei den Zeh.) Für die geringfügigsten Verlehen sind hohe und willkürliche Strafen an der Tagesordnung. Auch in den Metallschleifereien sind die Gesundheitsverhältnisse überaus schlecht. Auf Veranlassung des Reichsamts des Innern ist in dem Jahre 1905 eine Untersuchung darüber veranstaltet. Ich kann es nicht verstehen, daß die Reichsregierung sich darauf hin nicht entschließen will, allgemeine gültige Vorschriften über die sanitären Einrichtungen in den Schleifereien zu erlassen. Die Regierung hat zwar ein Schleifmerkblatt herausgegeben; um aber einen genügenden Schutz zu gewährleisten, ist das nicht genügend. Der Vordredner hat mit Recht darauf hingewiesen, daß man darauf hinwirken muß, die Lungen gesund zu erhalten, und daß deshalb die Staubentwicklung durch Automobile zu bekämpfen ist. In vollstem

Maße trifft dies aber auch auf die Arbeiter in den Schleifereien zu, und nur auf gezieltem Wege kann hier ein wirklicher Schutz erreicht werden. (Zehr wahr! b. d. Zeh.) In der Presse wird zwar behauptet, daß die Gesundheitsverhältnisse in den Schleifereien besser geworden sind, doch ist das nicht richtig, wie namentlich auch die Berichte der Gewerbeinspektoren beweisen, von denen ebenfalls mehrere den Erlaß allgemeiner gültiger Vorschriften über die Einrichtungen in den Metallschleifereien verlangen. Die Berichte zeigen sogar, daß die Gesundheitsverhältnisse der Schleifer nicht besser, sondern schlechter geworden sind. Bei dem überaus häufigen Wechsel der Arbeiter in den Schleifereien kann übrigens gar nicht genau festgestellt werden, ob ihre Gesundheitsverhältnisse sich verbessert oder verschlechtert haben. Jedenfalls bedürfen die Verhältnisse hier sowie in den Hütten- und Walzwerken dringend der Verbesserung, und da die Unternehmer nichts tun wollen, so ist das Eingreifen der Reichsregierung notwendig. In der Generaldebatte wurde von allen Seiten das Wohlwollen für die Sozialpolitik betont. Wenn es Ihnen mit Ihren Ausführungen für ein einheitliches und freies Koalitionsrecht, über die Einführung des Maximalarbeitszeitgesetzes für Männer und Frauen, über einen wirksamen Schutz der Arbeiter gegen Unfallgefahren ernst ist, dann müssen Sie die Reichsregierung energisch zu gesetzlichem Einschreiten auffordern. Das tun Sie, wenn Sie unsere Resolution annehmen. (Aravo! b. d. Soziald.)

**Wattendorf (ZD):** In letzter Zeit sind in Rheinland-Westfalen nicht weniger als 21 Todesfälle an Genickstarre vorgekommen. Im Interesse unserer Vergarbeiterbevölkerung wäre dringend ersucht, daß eine Spezialkommission ernannt würde, die an Ort und Stelle die Krankheit erforscht. Über die Verhütungsmöglichkeit der Genickstarre weiß man ja leider noch gar nichts. Hoffentlich bringen uns die Fortschritte der medizinischen Wissenschaft bald Aufklärung über die verheerende Seuche. (Aravo!)

**Korfanz (Kath.)** bringt die Arbeitsverhältnisse in den oberirdischen Gruben zur Sprache, an denen die Unfallverhütungsmaßnahmen so gut wie nicht beachtet werden.

**Doefel (Kath.)** beantwortet, daß die jungen Mediziner einen Teil ihrer Vorbildungszeit bei praktischen Ärzten zubringen könnten. Redner tritt für die Wohnungsreform als Grundlage der Bewandlung des Familienlebens ein.

**Dr. Wagnau (ZD)** um die reichsgesetzliche Altersversorgung der Krankenpflegerinnen ein. Dadurch könne man dem bedauerlichen Mangel in der Krankenpflege auch auf dem Lande entgegenwirken. Auch das Gebarmenwesen bedürfe reichsgesetzlicher Regelung. Die Kindersterblichkeit sei ständig im Steigen. Wo die Hebammen durchaus keine Erfolge finden könnten, müßte der Stadt ihnen einen Zuschuß geben.

**Staatssekretär Graf Posadowsky:** Für die Wohnungsfürsorge ist von mehreren Seiten die Unterstützung gemeinnütziger Bauunternehmungen gefordert worden. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Landesversicherungsanstalten schon jetzt das Recht haben, ein Viertel ihres Vermögens in nicht mündelbaren Unternehmungen für humanitäre Zwecke anzulegen; mit Zustimmung der Kommunalverwaltungen, die für die Leistungen der Invalidenversicherung haftpflichtig sind, sogar die Hälfte. Das Vermögen der Landesversicherungsanstalten beträgt zur Zeit 138 Millionen, 145 Millionen davon sind zur Unterstützung gemeinnütziger Bauten ausgegeben worden. Die Invalidenversicherungsanstalten müssen also ihre Fonds sehr vernünftig ausgeben und haben noch sehr bedeutende Summen zu ihrer Verfügung. Zur Unterstützung gemeinnütziger Bauunternehmungen hat das Reich allein bis zum Jahre 1906 25 Millionen aufgebracht. In Bezug auf die Forderungen eines Reichswohnungsgegesetzes stehe ich auf dem alten Standpunkt, daß wir die Erfahrungen des größten Bundesstaats Preußens mit seinem großen Verwaltungsapparat abwarten müssen. Vor einigen Jahren ist ja dort ein Projekt eines Wohnungsgegesetzes vorgelegt worden. Wie weit das gesetzgeberische Vorgehen jetzt gediehen ist, weiß ich nicht, jedenfalls müssen wir erst das preussische Wohnungsgegesetz abwarten, ehe wir im Reich eine ähnliche Maßregel treffen. Der Wunsch, daß auch die Beamten und Arbeiter der Militärwerkstätten mit Staats-

## Der Holzhändler.

Roman von Max Kreyer.

2. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Dann gab er den Herren die nötige Aufklärung. Er käme aus Ostpreußen, allerdings nahe der russischen Grenze. Sibirien sei es allerdings noch nicht, aber kälter wie dort könne es da ganz oben auch nicht sein. Was nun den gefälligen Wald betreffe, so habe er sich die „gefallenen Leichen“ angesehen und dabei gefunden, daß es nicht wenige seien. Der Herr Rittmeister habe diesmal wieder mal beinahe recht.

„Weshalb besorgen Sie denn das Geschäft nicht im Sommer?“ unterbrach ihn der Konsul. „Ich wenigstens würde mich schon hüten, mir im Winter die Nase erfrieren zu lassen.“ Die übrigen Herren lächelten und schenken sich an. Niebusch plagte dann ungeniert heraus: „Sagen Sie, Herr Konsul — Sie können wohl auch den Hafer nicht von der Gerste unterscheiden?“

Dulders gab dem Konsul die nötige Aufklärung. Das Holz werde meistens im Winter geschlagen, in der Regel zwischen Ende November und Ende Februar. Gewöhnlich höre man im Januar auf, weil die Stämme noch aus dem Walde müßten. Und das geschehe am besten, wenn der Boden oder der Schnee gefroren sei. Dann habe man eben leichteren Transport. Bei Tauwetter verfallen Pferde und Wagen. Im Sommer geschlagenes Holz sei nicht vollwertig, der Saft wegen, die noch keine Ruhe hätten. „Das Holz hat nämlich auch sein Leben, gerade wie der Mensch. Im Sommer steigen die Säfte und regulieren das Wachstum. Schlägt man es um diese Zeit, so trocknet es bald zusammen und gibt Risse. Später jedoch steht das Leben still, die Bäume halten den sogenannten Winterschlaf, deshalb überumpelt man sie und freckt sie nieder. Dann gibts Kernholz.“

„Nun wissen Sie, was zu einem Holzhändler gehört, Herr Konsul,“ sagte Niebusch und stieß mit ihm an. „Nur noch ein Millionchen dazu und Sie können ihm Konkurrenz machen.“ Dabei zwinkte er Dulders mit den Augen zu, als wollte er sagen: „Hat der eine Ahnung von der Sache!“

„Ja, so leicht ist es nicht“, warf Dulders ein, mit der Miene eines Mannes, der sich sein Teil dabei denkt.

Tollen fragte ihn dann, ob man wissen dürfe, mit wem er da oben zu tun habe. Und als Dulders ihm Graf Ung nannte, piff der Rittmeister leise auf und raunte zurück: „Ha, daher seine Duckstilverbannung heute, als Sie immer noch nicht kamen.“ Dulders zuckte mit den Achseln und brach das Gespräch ab. Über solche geschäftliche Dinge ließ er sich nie anhören.

Blötzlich hatte es sich so gemacht, daß Herr von Passen neben ihm saß. Das muß doch eigentlich sehr interessant sein, so überall herumzuweifen und halber Herr im Walde zu sein“, begann er. „Gewiß erleben Sie dabei mancherlei.“

„Natürlich sind Sie doch auch Jäger?“ rief der frühere Rittergutsbesitzer sofort Dulders zu, bevor dieser dem jungen Mann antworten konnte.

Dulders schüttelte mit dem Kopfe. Er habe nur einmal in seinem Leben geschossen, seitdem nie wieder, meinte er kurz. Er habe aber auch kein Vergnügen daran gehabt. Er lachte kurz auf und leerte seinen Kelch wieder auf einem Zuge.

„Allerdings, um Vergnügen an der Jagd zu haben, muß man schießen können“, fiel Niebusch ein.

„Das sagte ich mir auch, Herr Baron, deshalb ließ ichs lieber“, sagte Dulders wieder und freute sich innerlich, daß man ihn nicht begriffen hatte.

„Wie lange sind Sie eigentlich schon Witwer?“ fragte der Rittmeister so nebenbei hin.

Dulders tat so, als rechnete er nach. „Warten Sie mal“, erwiderte er, während er das Segelglas drehte und die Augen starr vor sich gerichtet hielt. „Meine Tochter ist jetzt neunzehn — sie war vier —. Also fünfzehn Jahre“, fügte er rasch hinzu. Er hob den Blick nicht, sondern hielt die nun merklich größer aufgerissenen Augen immer noch auf das Glas gerichtet.

„Das einzige Kind, wenn ich fragen darf?“ wandte sich der Konsul an ihn.

Dulders nickte nur.

Niebusch fuhr wieder dorthin zurück: „Und nicht einmal schießen und buckeln, denken Sie nur, Herr Konsul, schlaun wie eine Tanne und braunäugig wie ein Reh. Obendrein einzige Erbin, Thronfolgerin unseres Königs der Wälder. Machen Sie sich also beliebt, Herr Konsul.“

Derartige Scherze wurden in diesem intimen Kreise nicht übel genommen, und so verzog auch Dulders den Mund unter der Heiterkeit der übrigen. Tollen raunte ihm schnell zu, daß der Konsul noch immer Junggeselle sei und seit Jahren schon nach einer reichen Frau gampfe, wodurch er es endlich ermöglichen könne, irgend eine große Gründung auszuführen, die ihm im Kopfe stecke.

Dulders warf einen raschen Blick auf das andere Ende der Tafel und wandte sich dann an Herrn von Passen, der bisher bescheiden und wortlos dagesessen hatte.

„Das gnädige Fräulein hat gewiß die allerhöchsten Chancen in Bezug auf die Auswahl des zukünftigen Gatten“, nälte diesmal der Konsul. „Mir fehlt aber das Millionchen, wie Sie vorher richtig bemerkten, Herr Baron.“

Dulders, dem es unangenehm war, seinen Liebling in die Debatte am Kneiptisch gezogen zu sehen, wollte der Sache durch ein kräftiges Wort ein Ende machen, und so sagte er ziemlich abweisend: „Meine Tochter hat durchaus freie Wahl, mein Herr. Sie ist sozusagen in Freiheit dressiert. Des Menschen Wille ist kein Himmelreich.“ Ich habe es nie verstehen können, wie Eltern durch Zwang ihren Kindern dieses Himmelreich verschließen können. Und wenn mein zukünftiger Schwiegersohn arm wie Ijob sein sollte — aber ein anständiger Kerl müßte es sein und seiner Frau würdig. Vor allem kein Streber, denn die Sorte hasse ich. Und nun Schluß darüber.“

„Das trifft ja eigentlich alles auf mich zu“, sagte der Konsul leise zu dem früheren Rittergutsbesitzer, „Den Mann halte ich mir. Haben Sie Beziehungen zu ihm? Dann, bitte, führen Sie mich ein.“

Er strich sich wohlgefällig den mächtigen Schnurrbart, dessen Anlehn am Backenbart unverkennbar war, liebäugelte ein wenig mit der Ordenskrosette im Knopfloch, die sehr vorwichtige, ausländische Formen trug, und betupfte dann mit der linken flachen Hand vorsichtig sein Scheitelloupet, um sich von dessen gutem Sitz zu überzeugen. Im Geiste sah er sich bereits in der Etagartenstraße empfangen und zu den Freunden des Hauses gerechnet.

„Gefallen Sie mir, daß ich auf Ihre schönen Worte antworten darf“, sagte Herr von Passen halblaut zu Dulders, machte einen höflichen Kopfnicken und sah ihm mit klarem Blick fest in die Augen.



Beihilfen Baugenossenschaften gründen möchten, steht unmittelbar vor seiner Erfüllung. Ein paar Worte zu den Anregungen des Bringen Carolath. Der wachsende Automobilverkehr bringt in der Tat auch gewisse Verbesserungen des Publikums, namentlich auch in sanitärer Beziehung, mit sich. (Zeilweises Sehr wahr!) Andererseits ist das Automobil auch ein sehr nützliches Kulturinstrument, und keine Polizeiverordnung könnte die Entwicklung des Kraftfahrzeuges aufhalten. (Beifall bei dem andern Teil der Mitglieder.) Gerade weil aber diese Verkehrsmaschine eine große Zukunft hat, weil wir erst am Anfang ihrer Verwendung, namentlich für gewerbliche Zwecke, für die Beförderung von Waren und für landwirtschaftliche Zwecke stehen — von den 27 000 Automobilen dienen jetzt 25 815 der Personenbeförderung, davon 89 Proz. ausschließlich Sports- und Vergnügungszwecken — wäre es sehr gut, wenn die Maschinenfabriken ihr Augenmerk darauf richteten, die Nachteile der großen Rauchentwicklung im Interesse des großen Publikums möglichst abzumildern. Die neuen Bestimmungen für die Metallschleiferen beruhen auf den Erhebungen des preussischen Handelsministers. Für die gesundheitsschädlichen Metallschleiferen sind auf Grund dieser Erhebungen in den Regierungsbezirken Arnberg, Düsseldorf und Aachen Provinzialverordnungen erlassen worden. Da sie sich außerordentlich bewährt haben, habe ich mich auch an die übrigen Bundesregierungen mit der Bitte gewandt, überall wo Metallschleiferen in größerem Umfang in Frage kommen, diese Verordnung zu erlassen. In gewissen Schleiferen ist das Abwaschen des Staubes leider technisch noch nicht möglich. Weiter ist gefordert worden über die Gesundheitschädigungen der Arbeiter in den Bleihütten. Im Jahre 1905 ist aber für diese eine neue Bundesratsverordnung erlassen worden; über ihre Erfolge fehlt es noch an Nachrichten. Ein Fürsorgegesetz, das die Wünsche des Abg. Dr. Müggen in der Versicherung der Krankenpfleger berücksichtigt, ist in Vorbereitung. Die Bekämpfung der Genickstarre macht außerordentliche Schwierigkeiten, weil auch gesunde Menschen Träger des Krankheitsbazillus sein können, die Ansteckungsfähigkeit aber erst festgestellt werden kann, wenn der gesunde Mensch erkrankt ist. Dann erst lassen sich die nötigen Abwehrmaßnahmen vornehmen. Die Genickstarre ist in das Reichsgesetz zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Krankheiten leider nicht aufgenommen worden, doch verfährt Preußen nach diesem Gesetz. Die Anregung auf Berufung einer Spezialkommission zur Erforschung und Bekämpfung der Genickstarre werde ich sofort dem preussischen Herrn Minister für die Medizinalangelegenheiten mitteilen. Damit glaube ich auf alle in der Debatte gegebenen Anregungen eingegangen zu sein. (Beifall.)

Windwald (Ant.): Die Landwirte in Oberhessen klagen darüber, daß durch die Bestimmungen des Viehseuchengesetzes es ihnen unmöglich gemacht ist, überhaupt noch Schafe zu halten und zu züchten. Sie erleiden dadurch ganz außerordentlichen Schaden. Das Zurückgehen der Schafbestände ist sehr bedauerlich, weil das Schaf ein sehr genügsames Tier ist. (Gr. Heiterkeit.) Bevor das neue Seuchengesetz in Kraft tritt, sollte man auch Landwirte über die Räude hören, damit die Räude aus dem Seuchengesetz herausgenommen und unter besondere Bestimmungen gestellt wird. (Bravo! h. d. Ant.)

Ein Regierungskommissar: Der Rückgang der Schafbestände hat wohl andere Ursachen, als der Vorredner annimmt. Die Schafzucht ist seit der Einführung des Viehseuchengesetzes erheblich zurückgegangen.

Hengsbach (S.D.): Bereits am 12. Februar vorigen Jahres hat der Staatssekretär Graf Bosadovsky meinem Parteifreunde Hue hier geantwortet, daß Reichsgesundheitsamt verfolge die Genickstarre mit der größten Aufmerksamkeit, und er werde die gegebenen Anregungen dem preussischen Minister für Medizinalangelegenheiten mitteilen. Seitdem ist die Krankheit erheblich weiter geschritten, und es ist erklärlich, daß die Bevölkerung in den Bergwerksdistrikten immer unruhiger wird und wünscht, daß irgend etwas geschieht, um der Krankheit Einhalt zu tun. Den Krankheits-erregter hat man gefunden, aber sonst ist nichts geschehen, was ihr Einhalt gebieten könnte, man sieht hier noch ziemlich ungelösten Rätseln gegenüber. Kürzlich ist ein Merkblatt herausgegeben, das auch der sozialistischen Presse beigelegt wurde; darin wird betont, daß das schlechte Lüften der Wohnungen der Genickstarre in erheblichem Maße Vor-schub leiste. Das ist wohl richtig. Deshalb müßten aber auch die Bau- und Gesundheitspolizei viel energischer einschreiten, als es bisher geschehen ist. Aber freilich, den Herrschern des Ruhrgebietes gegenüber, den Herren Thyssen und Stinnes gegenüber, mündet man die bestehenden Baupolizei-vorschriften nicht an. Wer glaubt, diese Herren würde mit demselben Maße gemessen wie andere, irrt sich sehr. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Fortgesetzt kommen Klagen aus dem Königreich Thyssen, die ein geradezu grauenregendes Bild zeigen. In den Zechenkolonien wohnungen werden die Krankheitsherde geradezu

künstlich gezüchtet. Freilich sind für jede Familie vier Zimmer vorgegeben, aber sie werden stets von zwei Familien bewohnt, die noch Kostgänger hinzunehmen. Zu diesen Einschränkungen zwingt den Bergmann einerseits der Umstand, daß er mit den sogenannten hohen Löhnen nicht auskommen kann, andererseits liegt die Ursache in der großen Wohnungsnot. Die Zuwanderung in das Reich der Industriefürsorge ist ja eine ganz enorme und wird durch gewissenlose Agenten noch künstlich gesteigert. Dann werden die Koloniewohnungen im Galopp hergestellt und oft schon bezogen, ehe sie fix und fertig sind. Daß derartige im Herbst bezogene Wohnungen im Winter nicht austrocknen können, liegt auf der Hand, um so weniger als die Straßen ringsherum einen wahren Morast darstellen. Da sind denn Mörder, Pilze, Schimmel, von den Türen und Wänden herunterlaufendes Wasser die Merkmale solcher wie Pilze aus dem Boden geschaffener Zechenkoloniewohnungen. Daß hierunter der Körper der Bewohner leiden muß, ist selbstverständlich. Was soll man z. B. sagen, wenn in einem Quartier mehrere hundert Bewohner über ein viertel Jahr sich ohne einen Abort begnügen müssen. Es war das auf der Zeche „Deutscher Kaiser“ des Herrn Thyssen. Aber da regt sich keine Staats-gewalt, keine Stadvertretung, keine Polizei. Und kein Staatsanwalt erhebt Klage. Selbst die Ärzte scheinen diese Zustände zu übersehen oder zu übersehen. (Heiterkeit.) Nach dem Warum braucht man nicht zu fragen; man braucht nur den Namen Thyssen auszusprechen, und man hat die Antwort. (Zustimmung bei den Soz.) Die geschilderten gesundheitsgefährliche Bauart wird besonders von einem Bauunternehmer ausgeübt, der ein Millionär ist. (Wört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Durch richtiges Austrocknen der Wohnung würde ja ein Zinsverlust entstehen, und das darf um so weniger der Fall sein, als in diesen Wohnungen das italienische Lumpenproletariat haust, diese bedürftigsten Ausländer, die als willige Schutztruppe des Unternehmertums ins Land geholt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Schmutz, Mörder, Alkoholismus lassen den Eintretenden vor diesen Bestübungen zurückprallen. Ebenso steht es in den Massenquartieren der siebenbürgischen Arbeiter aus. Bei polizeilichen Revisionen versteht man den Beamten nicht recht, und all zu scharf geht ja auch die Polizei gegen die Unternehmer nicht vor, sie macht gern beide Augen zu. Als Gegenstück freilich muß ich erwähnen, daß ein Parteigenosse von mir, der von einer Dreizimmerwohnung ein Zimmer abermieten wollte, sofort mit einem polizeilichen Strafmandat bedacht wurde. Im Gebiete der Ruhrgegend wird diese ungleiche Behandlung als etwas ganz Selbstverständliches betrachtet. Die geschilderten Zustände sind nicht etwa Ausnahmefälle. Hier sollte es Aufgabe des Reichsgesundheitsamtes sein, mit eisernem Wesen Nachstich zu halten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Schon im vorigen Jahre wurde von meinem Parteifreunde Hue angeregt, das Bakteriologische Institut in Gelsenkirchen auf den Reichsstat zu übernehmen, da dieses Institut im öffentlichen sanitären Interesse mit bestem Erfolge arbeitet. Gleichzeitig wäre zu empfehlen, in einer Anzahl von Orten Unterkontingen dieses Instituts zu errichten. Der Staatssekretär Graf Bosadovsky hat damals erklärt, daß es sich hierbei lediglich um eine preussische Einrichtung handelt und es dem preussischen Minister für Medizinalangelegenheiten überlassen bleiben müsse, das Institut auf seinen Stat zu übernehmen. Die gedauerten Wünsche wolle er diesem Minister mitteilen. Das ist die alte Geschichte, die wir auch wieder gehört haben: nicht wir, sondern Preußen hat die Aufgabe. Auch im vorigen Jahre sind wir auf die Lösung der Aufgabe durch Preußen verwiesen. Die Krankheit ist trotzdem weitergeschritten. Der preussische Minister hat augenscheinlich in dieser Sache nichts getan. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wäre Preußen in der Welt auch nur halbwegs voran, so brauchten wir heute nicht in dieser Frage dieselben Mahnungen wieder von neuem vorzubringen, dann wären diese Verhältnisse längst geregelt. Gerade einer solchen gewaltigen Seuche gegenüber muß energisches Vorgehen der maßgebenden Faktoren gefordert werden. Handelt es sich doch um die Gesundheit aller Volksgenossen. Selbst den Unternehmern fängt die Sache jetzt schon an, etwas brenzlich zu werden, wie ein Artikel der „Rhein-Westf. Ztg.“ beweist. Auch sie fordern nicht mit Unrecht, daß etwas geschehen müsse. Ich bin überzeugt, daß eine große Mehrheit des Hauses gern bereit ist, die erforderlichen Mittel zu bewilligen. Um so größer ist die Verantwortung der Regierung, wenn nichts unternommen wird. (Bravo! h. d. Soz.)

Hierauf wird ein Schlußantrag von Normann (Konf.), Müller-Meinungen (Fp.), Basser mann (N.L.), Graf v. Hompesch (Z.) angenommen. Abg. Kober (wildl.) bedauert, zur Geschäftsordnung mit erhobenem Stimme, daß es ihm auf diese Weise unmöglich gemacht werde, die Behauptung des Abg. Köstler zurückzuweisen, daß die Fleischpreise nicht mit den Viehpreisen entsprechend

herabgegangen wären. Er werde das bei anderer Gelegenheit nachholen. (Große Heiterkeit.)

Es folgt die Abstimmung über die vorliegenden Resolutionen.

Die Resolution Naumann und Gen. (Zentr.) welche möglichst noch in dieser Session eine Revision des Weingesetzes verlangt, wird gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen.

Eine Resolution Brandt (Pole) und Gen. auf Bekanntmachung der Unfallversicherungsvorschriften in Bergwerken usw. in der Muttersprache der bez. Arbeiter wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Polen und des Abg. Naumann-Hofer (Fp.) abgelehnt.

Einstimmig angenommen wird die Resolution Dr. Jäger (Zentr.) auf Vorlage eines Reichswohnungs-gesetzes.

Eine Resolution Giesberts u. Gen. (Z.), wonach der Reichskanzler ersucht werden soll, erstens durch den Reichsrat für Arbeiterstatistik Untersuchungen veranlassen zu lassen über die Arbeiterverhältnisse in den Walz- und Hüttenwerken und zweitens auf Grund der Ergebnisse dieser Untersuchungen entsprechende Verordnungen zum Schutz dieser Arbeiter zu erlassen, wird in ihrem ersten Teile einstimmig, in dem zweiten Teil gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Eine Resolution Albrecht (S.D.) und Genossen, die Verordnungen zum Schutze der in Walz- und Hüttenwerken und in Metallschleiferen beschäftigten Arbeiter verlangt, und eine dieselbe Materie behandelnde Resolution Brandt (Pole) und Genossen, welche außerdem einen Verleugner verlangt, wodurch für die Arbeiter der genannten Betriebe nach dem Muster der Bergknappschafts-Versicherungsvereine gegründet werden, finden gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen Annahme.

Das Kapitel wird bewilligt. Bei dem Kapitel „Patentamt“ wünscht Junck (N.L.) die Herabsetzung der Patentgebühren. Redner tritt dann für Verbesserung der Gehälter der technischen Hilfsbeamten ein.

Burlage (Z.) schließt sich diesem Wunsche an, auch er will Herabsetzung der Patentgebühren.

Botthoff (Fp.) erkennt ebenfalls die Notwendigkeit der Herabsetzung der Patentgebühren an.

Staatssekretär Graf v. Bosadovsky gibt zwar die Reformbedürftigkeit des Patentgesetzes zu, kann jedoch eine Novelle für diese und die nächste Session nicht in Aussicht stellen.

Bei den Ausgaben für das Reichsversicherungsamt beklagt Becker-Arnberg (Z.) die große Zunahme der Unfälle in der letzten Zeit. Die Beseitigung der kleinen Renten werde in bäuerlichen Kreisen keineswegs Fremdsache erachtet. Redner meint, die Verwaltung des Reichsversicherungsamtes werde jetzt scheinbar nicht mehr so liberal gehandhabt wie unter Böttler.

Müggen (Fp.) hält die Gehälter der Beamten bei den Schiedsgerichten für aufbesserungsbedürftig. Den Studenten der Medizin müsse Gelegenheit gegeben werden, sich auf der Universität über soziale Medizin und Arbeiterschutz zu informieren.

Neuner (N.L.) klagt über die Höhe der Beiträge zu den landwirtschaftlichen Versicherungsgesellschaften. Staatssekretär Graf v. Bosadovsky erklärt, wenn das Reformgesetz für das Reichsversicherungsamt vorgelegt werde, würden darin manche Vereinfachungen enthalten sein. Der Unterricht in Gewerbehygiene könne nur in Verbindung mit anderen Kollegien erfolgen. Daß das Verhältnis zwischen den Schiedsgerichts-Vorsitzenden und den Inwalidensicherungsanstalten ein schwieriges sei, gestehe er zu. Bei der Reform des Gesetzes werden die Schiedsgerichte auf einer einheitlichen Grundlage aufgebaut werden müssen.

Die Resolution Jäger wird angenommen, das Kapitel bewilligt, ebenso das Kapitel der Byhlytallisch-Technischen Reichsanstalt.

Bei dem Kapitel Kanalarbeit beklagt sich Görk (N.L.) über den mangelhaften Fahrbetrieb beim Kaiser-Wilhelm-Kanal.

Staatssekretär Graf v. Bosadovsky erklärt, die Beschwerden über den Kanal würden nie verschwinden. Von dem Nutzen, den die Gegend habe, werde aber geschwiegen. Nimmehr sei eine Dampfschiffahrt bei Brunsbüttel eingeführt, die sich trefflich bewähre. Bei der Schlepsschiffahrt im Kanal würden jährlich 317 000 Mk. zugeföhrt, dies Geld bereue aber die Regierung nicht.

Das Kapitel wird bewilligt. Ein Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Bei dem Kapitel „Aufsichtsamt für die Privatversicherung“ bedauert

„Sehr freundlich von Ihnen“, gab Dulters zurück und erwiderte den Blick mit derselben Offenheit. Dieser junge Herr gefiel ihm immer besser, schon seiner höflichen Zurückhaltung wegen. Im Augenblick wußte er nicht recht, was er aus ihm machen sollte. Ein Offizier in Zivil war es jedenfalls nicht, das sah er ihm sofort an. Auch für einen Landwirt hatte er einen zu hellen, fast weiblich aussehenden Teint. Die Stadtkluft hatte ihn übrigens in allem an, in seiner Kleidung, in seinen Bewegungen und in seinem Benehmen.

Dulters wollte nicht direkt fragen und so wandte er sich leise mit der Bitte um Aufklärung an den Rittmeister, der in dem Quam immer nach Möglichkeit die Augen weit aufriß, um die Müdigkeit niederzukämpfen.

Er studiert irgend etwas, ich glaube Naturwissenschaften“, raunte Tollen zurück. „Kentlow, sein Onkel da drüben, (er deutete auf den früheren Rittergutsbesitzer) brachte ihn neulich schon mit. Er scheint ihm in der Tat zu liegen. Ist nämlich einer von der verarmten Seitenlinie der Passens. Also abzuhacken gibts da nichts, lieber Dulters.“

Er hatte die Empfindung, als hätte Herr von Passen etwas von dem Gespräch aufgefangen, und so hielt er es für gut, ihm mit den Worten zuzutrinken: „Prost, Sie zukünftiger Humboldt!“

„Ich habe leider nichts mehr“, erwiderte Passen lächelnd und lehnte sein Glas um.

Sobald gah Dulters ihm den Kelch wieder voll und zwar mit einer Firgigkeit, daß der Rittmeister verwundert anblickte. Bisher hatte er immer geglaubt, daß dieser reiche Mann sich nur um Leute bemühe, von denen er etwas zu erwarten haben werde. Man lernte ihn doch niemals auskennen. Er bekam noch mehr Veranlassung zur Bewunderung, als Dulters plötzlich, nachdem er sich eine Weile mit Passen unterhalten hatte, wie es schien mit Absicht, laut zu diesem sagte: „Wenn Sie am Sonntag nichts besonderes vorhaben, so kommen Sie doch zum Essen zu mir. Um zwei Uhr, wenn ich hinten darf. Aber ganz ohne Zwang. Es geht bei mir ganz hässlich zu.“

„Demerwetter, das ist ja schnell gegangen“, brachte Niebusch noch vor, dessen Gesicht allmählich krebrot geworden war.

„Ich bin nun mal so, Herr Baron, das müssen Sie ja“, erwiderte Dulters und änderte sich eine frische Importierte

an, nachdem er die vorige seiner Gewohnheit nach kaum halb aufgetrunken hatte. „Wie ich niemals Glacehandschuhe und Brillanten trage, nicht einmal simple Goldringe, so bin ich auch in meinen Einladungen etwas forntlos. Die Hauptsache bleibt dabei doch, wie's gemeint ist. Nicht wahr, Herr von Passen?“ Er schlug mit der Rechten vertraulich auf die Schulter des jungen Mannes und lachte ihn gemühtlich an.

Der Konsul bekam einen leichten Schreck. Er stellte das Koffertchen mit der linken Hand, an der zwei auffallend große Steine bligten, plötzlich ein und zog sie unter den Tisch, dabei inne werdend, daß er dasselbe mit seiner Kravattennadel, die in der Größe eines Fünzigpfennigstückes wie ein kleines Brillantentücker unter dem austrasterten Kinn prangte, nicht tun könne. „Meinte er das etwa ernst?“ fragte er Passens Onkel. „In diesem Falle etwas fruchtig.“

Kentlow zuckte gleichgültig mit den Schultern und meinte nur, daß ein junger Mann eben Glück haben müsse. Und ein Glück sei es unbedingt, von diesem schmerzlichen Millionär gleich nach der ersten Bekanntschaft zu Tisch geladen zu werden. Der Setzgenuß hatte auch seiner Phantasie Schwingen gegeben, und so malte er sich sofort aus, was für eine Zukunft vielleicht seinem armen Neffen blühen könnte, wenn er unter die Fittiche der Häuslichkeit Dulters genommen würde, in der eine von Gold umgebene Fee das Szepter führte.

„Sie müssen nämlich wissen, daß Kolf ein Sonntagskind ist, und die sollen ja immer Glück haben“, fügte er wie zur Entschuldigung hinzu.

„Ich möchte diese Form beinahe ungehobelt nennen“, gab der Konsul etwas bissig zurück. „Wenn derselbe Ton in seinem Hause herrschen sollte, dann möchte ich mich doch beinahe bedanken.“

„Bedanken Sie sich nicht zu früh, es könnte Ihnen leid tun“, lautete die etwas trockene Antwort, auf die der Konsul sich jedes fernere Wort verkniff. Er empfand die Dummheit, die er begangen hatte, nachdem er vorher die neueste Heiratsschance bereits erwogen hatte. Und sofort sah er ein, daß er, wenn er jemals in das Haus des Holzhändlers gelangen sollte, seine Brillanten vorher in der Garderobe abgeben müßte, um sich die Sympathie dieses „ungelehrten Progen“ zu erwerben.

Er sollte sich noch mehr getroffen fühlen, denn kaum

hatte Niebusch Rittmeister von Tollen einige Worte zugesüßert, als dieser laut sagte: „Leute Ihres Schlages, lieber Dulters, brauchen ihr Vermögen nicht mit sich herumzutragen. Prost!“

Der Konsul glaubte den Blick des Rittmeisters flüchtig auf sich gerichtet zu sehen, und so fühlte er auch diesen Stich. Beide hatten früher beim Wein eine kleine Karabollage miteinander gehabt, die aber schließlich gütlich beigelegt worden war. Rittmeister von Tollen hatte die Bösheit gehabt, falls es sich gerade im Gespräch um machte, auf-fallend oft die Frage aufzuwerfen: „Wo war doch gleich Ihr Konsulat?“ Und so litt der Konsul stets unter der Einbildung, man könne an seiner gesellschaftlichen Honorität zweifeln und ihn für einen halben Industriemillionär halten.

Passen war rot geworden wie ein junges Mädchen. Wenn er ganz offen hätte sein sollen, so würde er Dulters erwidert haben, daß auch ihm die Einladung etwas „zu plöchtig“ erscheine. So aber stand er unter dem Zwange des Augenblicks und nahm in erschütterter Verwirrung dankend an.

Dulters streckte ihm die Hand entgegen. Das sei recht, meinte er. Nur keine unnötige Zererei, das widerspreche dem natürlichen Gefühl. Die Natur habe doch immer recht; er sei in ihr groß geworden und wisse das. Sobald er erfahren hatte, daß Herr von Passen ein Armer“ sei, fühlte er sich ihm als Besizender überlegen. Verarmte Adelige zählten in seinen Augen nicht, denn er hatte von ihnen nichts zu erwarten. Und so lehrte er plötzlich die Souveränität des Progen hervor, der die Herrschaft des Geldes zur Gewohnheit kennen gelernt hat. Das war weniger Dummstolz, als eine Betätigung seiner großen Menschenkenntnis, die ihn gelehrt hatte, daß man einem leeren Portemonnaie alles bieten dürfe, selbst wenn eine vielzackige Krone darauf prangte. Trotzdem hatte er für Passen nicht diese rein äußeren Gefühle; er war vielmehr in seinem Innersten von dem Wunsche erfüllt, gerade einmal einen wirklich Bedürftigen an seine Tafel zu ziehen, an der schon manche die teuersten Weine getrunken hatten, ohne es verdient zu haben. Also abgemacht, Herr von Passen“, sagte er nochmals, „wir haben uns zwar heut' zum erstenmal gesehen, aber ich gehöre nun mal zu den unberechenbaren Menschen.“

„Auch was das jährliche Einkommen betrifft?“ wigelte Baron Niebusch und rief dadurch wieder lautes Lachen hervor. (Fortsetzung folgt.)



Wötthoff (Sg.), daß zu sachverständigen Beiräten bei dem Aufsichtsamte nicht auch Mitglieder der großen Versicherungsvereine zugezogen würden.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky sagt, ein Vertreter der Versicherungsvereine sei jetzt schon Mitglied des Beirates.

Das Kapitel wird bewilligt.  
Es folgen die einmaligen Ausgaben.  
Bei dem Titel „Ausbau der Pohlönigsburg“ erklärt

Emmel (Sd.), die ablehnende Haltung seiner Partei dieser Forderung von 150 000 Mk. gegenüber.

Graf v. Posadowsky weist auf die nationale Bedeutung der Restaurierung dieser Burg hin. Setz doch der Verkehr in den Bogesen durch diesen Verkehr wesentlich erhöht.

Vor der Abstimmung bezweifelt Abgeordneter Müller-Meinungen die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Somit wird die Sitzung abgebrochen.  
Weiterberatung morgen: Farmerentschädigung in Südwestafrika; kleine Vorlagen.  
Schluß 9 Uhr.

## Soziales und Parteileben.

**G. Verbandstag der Zimmerer Deutschlands.** Den Bericht des Ausschusses gibt Kube-Verlin: Erhebliche Störungen seien im Verbandesleben nicht vorgekommen. Unter vielen anderen Sachen ist zu erwähnen, daß eine Beschwerde aus Nürnberg gegen die Verweigerung der Zahlung der Gemäßregelunterstützung an einen aus Anlaß des 1. Mai gemäßigten Kollegen zurückgewiesen werden mußte, weil die wegen der Maßfehler Gemäßigten aus lokalen Mitteln zu unterstützen sind. Kube warnte vor einer Änderung dieses Standpunktes, da das die unabsehbarsten Folgen für die Finanzverhältnisse des Verbandes haben könne. Die Arbeitlosunterstützung hat sich gut bewährt. Der Ausschluß hat sich auch in gemeinsamer Sitzung mit dem Zentralvorstand mit dem Streit zwischen Partei und Gewerkschaft befaßt. — Nach längerer Debatte wurde folgende Resolution, welche vom Verbandsausschuß und Zentralvorstand der General-Versammlung vorgelegt war, angenommen:

### I.

Ziel und Zweck des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands ist und bleibt: die Wahrung und Verbesserung der beruflichen, wirtschaftlichen Lage der Zimmerer Deutschlands. Dieser Zweck soll erreicht werden: durch die Zusammenfassung der Zimmerer Deutschlands in unserem Zentralverbande und event. durch den Kampf gegen die Kapitalisten und Arbeitgeber unseres Berufes. (Beschluß des Verbandsausschusses und Zentralvorstandes am 8. Januar 1906; der Konferenz mit den Gauleitern am 17. und 18. März 1906.)

In Übereinstimmung mit dem sozialdemokratischen Parteitage 1906 in Mannheim erklärt die 17. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands:

Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft; sie sind nicht minder notwendig wie die sozialdemokratische Partei, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat. (Protokoll des Mannheimer Parteitages 1906, Seite 497.)

Wird dieser Grundsatz von beiden Bewegungen (Partei und Gewerkschaften) als Richtlinie konsequent innegehalten, dann gehen die Bahnen beider Bewegungen nahe nebeneinander, sie berühren sich vielfach, aber kreuzen sich niemals feindlich.

Das Statut und die Generalversammlungsbeschlüsse des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands umschreiben sein Ziel und sein Zweck; sie sind maßgebend für seine Strategie und Taktik; Richtung gebend und bindend für die Haltung und Tätigkeit der Verbandsmitglieder innerhalb des Zentralverbandes.

Von diesem Standpunkte ausgehend, heißt es in einer Kundgebung des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands nach dem Jenaer Parteitage 1905:

„Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, wie es in der vom Jenaer Parteitage über den politischen Massenstreik angenommenen Resolution heißt, für dessen Verfall eine Gewerkschaftsorganisation vorhanden ist oder gegründet werden kann, einer solchen beizutreten und die Ziele und Zwecke der Gewerkschaften zu unterstützen.“

Das letztere ist selbstverständlich auch Aufgabe der Parteipresse, die dort, wo sie kritisch gegen Vorgänge in einer Gewerkschaft auftritt, nie vermissen möge, welche Aufgabe sie als Arbeiterpresse den Gewerkschaften gegenüber zu erfüllen hat.“

Werden diese für Parteigenossen maßgebenden Bestimmungen von den Parteigenossen und der Parteipresse strikte befolgt, dann kann es keine störenden Auseinandersetzungen zwischen Partei und Gewerkschaften geben. Wird gegen diese Bestimmungen in einer unfernen Zentralverband schädigenden Weise verstoßen, dann ist es nicht nur Pflicht des „Zimmerer“, gegen solche Verstöße zu schreiben, sondern es ist auch die Pflicht der Verbandszahlstellen und Verbandsmitglieder, gegen solche Verstöße aufzutreten.

### II.

Das Organ des Zentralverbandes, „Der Zimmerer“, hat die Aufgabe, Ziel und Zweck des Zentralverbandes, die durch Statut und die Generalversammlungen festgelegten Richtlinien des Zentralverbandes nach innen und außen literarisch zu vertreten und zu propagieren.

Alle Verbandszahlstellen haben das Recht, sich in ihren Versammlungen mit allen Angelegenheiten des Zentralverbandes zu beschäftigen. Berichte und von den Zahlstellenversammlungen beschlossene Resolutionen werden im „Zimmerer“ aufgenommen, wenn sie den Zweck verfolgen, die in vorstehenden geltend gemachten Richtlinien des Zentralverbandes zu vertreten, unseren Zentralverband auf seiner bewährten Grundlage zu fördern.

Alle von den Zahlstellenbeamten und anderen Verbandsmitgliedern bei der Redaktion einzusendenden Manuskripte müssen möglichst druckfertig, mit Tinte, und zwar möglichst deutlich geschrieben sein. Das Papier darf nur auf einer Seite beschrieben werden.

Druckfehler und sogenannte Entstellungen der Manuskripte, die sich aus den angedeuteten Mängeln der Manuskripte ergeben, fallen weder der Redaktion noch der Druckerei, sondern einzig und allein dem Schreiber des Manuskriptes zur Last.

Zur Aufnahme in den „Zimmerer“ gelangen nur solche Manuskripte, die nicht gegen die Interessen des Gesamtverbandes verstoßen. Persönliche Spitzfindigkeiten werden aus dem Manuskripten ausgemerzt und persönliche Polemiken abgelehnt.

Beschwerden gegen leitende Personen oder Institutionen des Verbandes gehören nicht in das Verbandsorgan, sondern vor die dazu bestimmten Beschwerdestellen des Verbandes.

Die Schreibweise und der Ton der Manuskripte sind den diesbezüglichen Gepflogenheiten des Verbandsorgans anzupassen.

Dem Ersuchen der Redaktion, die eingeleiteten Manuskripte, besonders Verammlungsberichte, zu ergänzen, ist von den Verfassern Folge zu geben.

Ob und in welchem Umfange die eingehenden Manuskripte, besonders Versammlungsberichte, zum Abdruck kommen, hängt neben den Anforderungen, welche vorstehende Grundsätze daran stellen, noch davon ab, wieviel Raum im „Zimmerer“ vorhanden ist und in welchem Maß das Interesse des Verbandes darin vertreten wird. (Die letzten sieben Abschnitte sind akzeptiert von der 14. General-Versammlung 1901. Siehe Protokoll Seite 111 und 112.)

Die Königsberger Tischler sollen, wenn sie am 1. Mai feiern, bis zum 15. Mai ausgesetzt werden. Also beschloßen die dortigen Unternehmer-Terroristen im Tischlergewerbe.

**Kellnerstreik in Paris.** Die meisten Kellner der großen Boulevards-Cafes und -Restaurants sind Mittwochabend in den Ausstand getreten. Der Streikbefehl war ihnen vom Syndikatsausschuß mittels verlegter Briefe zugegangen und sofort befolgt worden. Die Restaurants, deren Personal sich dem Ausstande nicht angeschlossen hat, werden vollzählig bewacht. Die Anständigen verlangen u. a. Regelung der Arbeitsstunden und feste Löhne.

**Die Braunschweiger Metallarbeiter** beauftragten die Organisationsleitungen der in Frage kommenden Verbände bzw. die für den Betrieb gewählte Arbeiterkommission, mit der Organisation der Arbeiter, bzw. der Fabrikleitung in Verhandlung zu treten, um eine zusammengelegte Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden bei entsprechendem Lohn- und Akkordausgleich in der Braunschweiger Metallindustrie herbeizuführen. Demgemäß sollen den Fabrikanten folgende Vor schläge unterbreitet werden: 1. Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden, im Sinne der zusammengelegten Arbeitszeit. 2. Erhöhung der Lohn- und Akkordausgleich um einen den Ausgleich entsprechenden Prozentsatz. 3. Vergütung der Ueberstunden mit einem Aufschlag von 25 Prozent, mindestens aber mit 10 Pfg., bei Nachtarbeit mit 50 Prozent und bei Sonntagsarbeit mit 100 Prozent.

**Der Zentralverband der Schiffszimmerer** hält gegenwärtig in Hamburg seine 10. Generalversammlung ab. In namentlicher Abstimmung wurde die Beitragserhöhung auf 60 Pf. einstimmig abgelehnt, dagegen die Erhöhung auf 50 Pf. mit 20 gegen 6 Stimmen beschlossen.

**Ein sozialistischer Sieg.** Am Sonntag fand in Florenz III eine Erstwahl statt. Genosse Pescetti siegte mit 3193 gegen 2750 Stimmen, trotzdem die Merkmalen sich stark zugunsten des Regierungskandidaten beteiligten. Der Wahlkreis Florenz III, der zwei Legislaturperioden hindurch von der sozialistischen Partei behauptet wurde, ging ihr bei den Wahlen 1904 in der Stichwahl verloren. Pescetti erhielt damals im ersten Wahlgang 2187, im zweiten 2523 Stimmen, gegen 2219 und 2608, die der konservative Gegner Rucell erhielt.

**Georg Bernhard** sollte sich Dienstagabend in einer Parteiversammlung in Charlottenburg ob seines Verhaltens als Parteigenosse verantworten. Nach langer Diskussion und einer Verteidigungsrede Bernhards erklärte dieser seinen Austritt.

**Die bestätigte Zeugniszwangshafte.** Der oberste Gerichtshof Bayerns hat sich der Entscheidung des Landgerichts Bayreuth und des Amtsgerichts Kulmbach angeschlossen und die Beschwerde des Genossen Paul Schlegel gegen die Verhängung der Zeugniszwangshafte abgelehnt. — Abirgenz hat anlässlich der Verhängung der Zeugniszwangshafte gegen sozialdemokratische Redakteure in Mannheim und Kulmbach der Journalisten- und Schriftstellerverein Mannheim am Sonntag eine Resolution angenommen, die die Erzwangung von Auslagen der Redakteure, die einen Vertrauensmißbrauch involvieren, für unzulässig erklärt.

**Die beleidigte Geistlichkeit.** Bischof Benzler und der ihm unterstellte lothringische Merus stellten in echt christlicher Weise Strafentwurf gegen den Redakteur Osterroth von der Saarbrücker „Saarmacht“, weil die „Saarmacht“ an der Verurteilung des Kohlenbarons de Wendel durch Bischof Benzler und 60 Geistliche scharfe Kritik übte und die Behauptung aufstellte, daß bei der Verurteilung von Arbeitern und deren Angehörigen kein einziger mitleide, wenn er nicht im voraus bezahlt werde. Der Angeklagte wollte etwa ein Dutzend Fälle unter Beweis stellen, in denen Arbeiter und ihre Angehörigen die Verurteilungskosten im voraus bezahlten mußten. Die Verhandlung fand am Dienstag vor der Strafkammer in Saarbrücken statt. Nach der Rdn. Volksztg.“ wurde Osterroth zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Der Beweis der Wahrheit sei vom Gericht nicht als gelungen angesehen worden.

**Die unterernährte Schullehrerin.** In Fürstentum Walde bei Berlin mahnte jüngst der Rektor Ricker die Stadtverordneten in derber, eindringlicher Weise an ihre sozialen Verpflichtungen gegenüber dem Lehrerstande. Er wies auf eine unglückliche Lehrerin Fürstentum Walde hin, die bei einer Hungergehalt von nur monatlich 70 Mark an den Folgen der Unterernährung, nach ärztlichem Atteste, erkrankt sei. Ob die Mahnung Erfolg haben wird?

**Wieder ein Beispiel für die Teilung in der heutigen Gesellschaft.** Bei der Feste „Gnab“ bei Hertzen stellt sich für das letzte Jahr der Betriebsgewinn nach Abzug der Anteilbesitzer auf 5 234 629 Mk. gegen 4 137 409 Mk. Da im Durchschnitt 5549 Mann beschäftigt worden sind, im Jahre 1905 4772 Mann, entfällt auf den Kopf der Belegschaft ein Betriebsgewinn von rund 943 Mark oder gegen das Vorjahr 76 Mk. mehr. — Ergo hat jeder Arbeiter fast das Doppelte, was er im Jahre in seine Tasche verdiente, auch dem nicht-tuenden Aktionär zugewandt.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Staatsfiskus.** Der Funktionär an der Münchener Sparkasse, Hans Roehrl, wurde nach dem „B. Z.“ wegen Unterschlagung verhaftet. — Wegen Unterschlagung im Ante, Fälschung und Weisheitschaffung von Urkunden und Beleidigung ist vom Landgericht Bonn der Polizeikommissar Max Fischer in Godesberg zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Ehefrau des Bürgermeistermeisters Engler ist die Befugnis zur Publikation des Urteils, soweit es wegen Beleidigung ergangen ist, zugesprochen worden. Die vom Angeklagten eingeleitete Revision wurde vom Reichsgericht verworfen. — Das Schwurgericht in Duisburg verurteilte den früheren Polizeibeamten August Kuappe zu insgesamt 13 Monaten Zuchthaus und 200 Mk. Geldstrafe wegen Urkundenfälschung und Diebstahls in einheitlicher Handlung. Der Angeklagte hat im vorigen Jahre als Polizeiergeant in Mülheim a. d. Ruhr in drei Fällen Urkunden, die er in der Nacht auf Wache brachte, Geldbeträge entwendet und das Arrestantenbuch gefälscht. Da er aus Not gehandelt hat, fasten die Geschworenen einstimmig den Verstoß, ein Gnabengesuch für den Angeklagten zu befürworten, dem sich der Vertreter der Anklagebehörde, Erster Staatsanwalt Voelting, anschloß.

## Aus Nah und Fern.

**Ein Seelenhirte.** Das „Berl. Tageblatt“ meldet aus Göttingen: Der Pastor in Barsefeld wurde wegen grober Verfehlungen an einer Konfirmandin vom Amte suspendiert und zur Beobachtung seines Geisteszustandes der hiesigen Irrenanstalt überwiesen.

**Auflösende Krankheiten.** Ein am 11. April von der Orientreise zurückgekehrter 55 Jahre alter Kaufmann ist in Berlin an sich warzen Bocken erkrankt. Die Ansteckung ist zweifellos im Orient erfolgt. Der Erkrankte befindet sich in dem Birkow-Krankenhaus. Alle Schugmaßnahmen sind getroffen worden, so daß das Publikum nicht das geringste zu befürchten hat. — Im Friedrichstädter Krankenhaus zu Dresden verstarb der praktische Arzt Dr. Becker aus Radebeul an der Genickstarre. Die Ärzte in Radebeul veröffentlichten eine Erklärung, nach welcher kein Anlaß zu Befürchtungen vorliegt. Es sind alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden.

**Ein Vaneinsturz in Breslau.** Mittwoch vormittag stürzte in der Kaiser-Wilhelmstraße zu Breslau ein Neubauein. Mehrere Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Die genaue Zahl der Verletzten, an deren Rettung eifrig gearbeitet wird, steht noch nicht fest. — Von den beim Einsturz verletzten Arbeitern sind bisher drei schwer verletzt geborgen worden.

**Die Leichen in der Kiste.** Wie aus Wiens berichtet wird, sind die Eltern der beiden in der Kiste tot aufgefundenen Kinder, das Ehepaar Jäger, aus der Untersuchungshaft entlassen worden, da sowohl die staatsanwaltschaftliche Untersuchung wie die gerichtsarztliche Obduktion ergeben haben, daß der Verdacht des Mordes gegen die Eltern sich nicht aufrecht erhalten läßt. Das Ehepaar wird inessen, wie verlanter, angesichts der in der Kolonie Moers herrschenden Erregung noch einige Tage in Schutzhaft behalten werden. Gleichzeitig ist ein Kostgänger des Ehepaars Jäger, der als verdächtig ebenfalls verhaftet worden war, auf freien Fuß gesetzt worden. Die traurige Affäre läuft sonach darauf hinaus, daß man annehmen muß, die beiden Knaben seien selbst in die Kiste gestiegen und darin erstickt.

**Ein Brief an den Staatsanwalt.** Der Bankier Julius Scheidt in Righlgen, der wegen Vergehens gegen das Depotgesetz und betrügerischen Bankrotts steckbrieflich verjagt wird, hat über 200 000 Mk. Effekten und Depósitos mitgenommen. Der flüchtige Bankier hat in dem leeren Kassenkranz folgenden Brief hinterlassen: „Herr Staatsanwalt! Sie haben mich zweimal verurteilt; die Sache ist mir jetzt zu dick. Ich gehe durch, und jetzt sind die Leute erst recht geschädigt. Ihr Julius Scheidt.“

**Das Erdbeben in Mexiko.** Nach den bisher vorliegenden spärlichen Nachrichten sind bei dem Erdbeben 28 Personen getötet und 93 verwundet worden. Man befürchtet, daß, wenn aus den vielen kleinen Orten die austretenden Berichte eingegangen sind, diese Zahlen sich bedeutend höher stellen. Die Ortshafte Ayutla und Ometepe sind völlig zerstört, die Stadt Acapulco zum Teil überschwemmt, Flapa stark beschädigt. Aus allen größeren Ortshafte des Südens wird gemeldet, daß man dort das Erdbeben verspürt habe, aber Personen nicht verunglückten und verangerrichtete Schaden gering sei. Nachrichten von dem Jsthmus und Tehuacanape werden mit Besorgnis erwartet. Auf den Eisenbahnliesen im Süden sind verchiedene Stellen eingesunken. Die Telegraphenlinien sind stark beschädigt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: F. H. Schöwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.

**Dankagung.**  
Für die bewiesene Teilnahme beim Ableben meiner lieben Frau sage allen, besonders Herrn Pastor Legtmeyer hiermit meinen innigsten Dank.  
**J. W. Bahrs.**

**Danksagung.**  
Für die innige Teilnahme u. Kreuzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes danken herzlich  
**E. baabs u. Frau.**

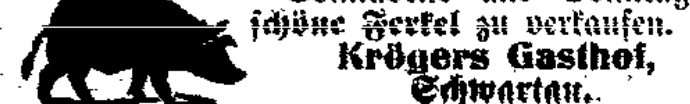
Frau Vielhaant zum Wiegenfeste ein dankbares Hoch.  
**Das Kleeblatt.**

Ein freundliches Parterre-Logis zu vermieten.  
B 9 Kerklingstraße 34.

Gesucht zum 1. Mai  
**ein Mädchen**  
zu allen häuslichen Arbeiten bei gutem Lohn. Waschfrau wird gehalten.  
**Johs. Meyer, Gastwirt,**  
Fackenburg Allee 10a.

Eine Frau sucht das  
**Zuschneiden zu erlernen.**  
Off. u. Z B an die Exp. d. Bl.

Sonnabend und Sonntag  
schöne Ferkel zu verkaufen.  
**Krögers Gasthof,**  
Schwartau.



**Geschäfts-Übernahme.**  
Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich die **Schuhwaren-Reparaturwerkstatt Fünfhansen 20** übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein, meine werthe Kundschaft zufrieden zu stellen. Ich bitte mein Unternehmen gütigst zu unterstützen.  
**Friedrich Vob,**  
Privatwohnung Blaustraße 10.

Herren-Sohlen 2 Mk., Herren-Glück 70 Pf.  
Damen-Sohlen 1.30, Damen-Glück 50 Pf.  
Kinder-Sohlen nach Größe.  
Nur Keruleder. Nur Handarbeit.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in  
**fertigen Schuhwaren**  
zu äußerst billigen Preisen.  
**D. Henning**  
Sadowajstraße 34.

**Empfehlungs-Karten**  
Bestellt prompt und sauber.  
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten.



**Sonder-Angebot.**

# Hochfeiner Herren-Anzug für 18.00 Mk.

Ganz besonders mache auf das **Sonder-Angebot** in Anzügen von 11.75 bis 36.00 Mark aufmerksam. Empfehle in diesem Genre hervorragend schöne Neuheiten zu ganz enorm billigen Preisen und lohnt es sich für jedermann, mein Geschäft aufzusuchen. — Jeder Einkauf führt zu dauernder Kundenschaft.

# Anzüge

<b>Jackett-Anzüge</b> in allen Farben, kariert, gestreift . . . . .	24.00	22.50	16.00	<b>9<sup>50</sup></b>	Mk.
<b>Jackett-Anzüge</b> genau wie Maßfächer, auf Koffhaar gearbeitet, in hochmod. Farben, schwarz und Nouveautés . . . . .	36.00	32.50	29.00	<b>26<sup>00</sup></b>	Mk.
<b>Rock- und Gehrock-Anzüge</b> feinstes Tuch und Streichkammgarn, auf Koffhaar gearbeitet, tadelloser Sitz . . . . .	52.00	45.00	36.00	<b>24<sup>50</sup></b>	Mk.
<b>Sommer-Paletots</b> in dicker Verarbeitung, gute Stoffe, modernste Muster in größter Auswahl . . . . .	28.50	21.00	13.00	<b>8<sup>50</sup></b>	Mk.

# Louis Levy

Klingenberg 5. Rote Rabattmarken. Ecke Marlesgrube.

Schweinefleisch	Pfd.	55 Pf
Halbfleisch		50
Queckfleisch		65
Carbonade		70
Gek. Mettwurst I		70
" II		60
Leberwurst		70
Braunschweiger		50
Presskopf		50
Kopf und Bein		20
1 Partie ger. Mettw.		80

**Jul. Strohfeldd**  
Weierstraße 13.  
Markthallenstand 26.

## Vereinsverein „Eintracht“

**General-Versammlung**  
am Donnerstag, 25. April,  
abends 8<sup>1/2</sup> Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52.

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1907.
  2. Festlichkeiten.
  3. Besprechung über Ausflug.
  4. Waiffeier.
- Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.

**Versammlung**  
Spartan 50-52  
am Sonnabend, 20. April, abends 9<sup>1/2</sup> Uhr

**Achtung!**  
Arbeiter-Radsfahrer von Steir-  
rade, Schönböden u. Umgegend.

Sonntag, den 21. April, nachm. 4 Uhr:  
**Versammlung**  
in Steirader Baum  
zwecks Gründung eines Vereins.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Einberufer.

**Verein der Musikfreunde.**  
Sonntag, den 21. April 1907,  
abends 7 Uhr  
im Kolosseum:  
Vorletztes

**32. Volkstüml. Konzert**  
(Orchester 52 Musiker).  
Leitung: Konzertmeister Carl Schwabe.  
Solist: Herr Lange (Violine).  
Zur Aufführung kommen u. a.:  
Fantasie aus Bajazzo R. Leoncavallo.  
Einzug der Götter in Walkalla R. Wagner.  
Durch Straußsche Operetten L. Schlegel.  
Offenbachiana B. Conrad.  
Hydropaten-Walzer Z. Gunzl.  
Programm im Lübecker Konzertanzeiger.

## Hansa-Theater

Sonabend, den 20. April:  
**Gastspiel**  
des  
**Berliner**  
**Apollo-Ensembles**  
mit seinen aufs glänzendste  
ausgestatteten Operetten von Paul Linke  
in erstklassiger Darstellung.  
Zum ersten Male:  
**Lysistrata.**  
Phant. Ausstattungs-Burlesque  
von Volten-Bankers.  
Musik von Paul Linke.

Im 3. Bilde:  
**Großes Rosen-Ballet.**  
Großes Tanz-Divertissement  
mit feuchter Ausstattung, arrangiert  
von Balletmeister G. Ceruti.  
1. Tänzerin Käthe Schwebel, 4 Solo-  
tänzerinnen u. 30 Damen u. Corps de Ballet.  
Kostüme aus dem Atelier Landolf, Paris.  
Prachtdekorationen von Lodder u. Co.,  
Frankfurt.

Vorverkauf bei Sager.  
Sonntag, den 21. April, nachm. 4 Uhr:  
**Gr. Fremden-Vorstellung**  
(Ermäßigte Preise.)

**Uhren, Gold- u. Silberwar.**  
anerkannt billig bei  
**Ernst Gentzen**  
Uhrmacher,  
Königsstraße 62, bei der Südf.

**Auf Kredit**

Herren-Anzüge Mk. 6 Anz. an  
Herren-Überzieher - 6 - -  
Herren-Hosen - 3 - - -  
Knaben-Anzüge - 3 - - -  
Damen-Jacketts - 3 - - -

Manufakturwaren  
und Kinderwagen  
in Wochenraten von Mk. 1 an.

Möbel für Mk. 98 Anz. Mk. 12  
Möbel - - 195 - - 24  
Möbel - - 258 - - 35

Alte Kunden ohne Anzahlung.  
**H. Kesten**  
unt. Johannisstr. 70, 1.

Kein Laden. — Ungenierter Eingang.

Kredit nach auswärts.

**Betten, Bettfedern**  
u. a. **Betten-Artikel**  
kaufen Sie billig und recht bei  
Markt **Otto Albers** Kohlm.  
4. 10.  
z. B. komplette Betten von 12.50 Mk. an,  
Bettfedern pr. Pfd. von 45 Pf. bis 4 Mk.  
OO Rote Lubeca-Marken. OO

**Morgen Sonnabend**  
empfiehlt in besonders  
**schöner Qualität:**

Leberwurst . . . . . das Pfd. nur 50 Pfg.  
Presskopf . . . . . " " " 50 "  
Stresswurst . . . . . " " " 60 "

Thüringer Wurst- und Fleischkonservenfabrik  
August Scheere.

**Detail-Geschäfte:**  
Holtzenstraße 19. Breitestraße 44.  
Mühlenstraße 20. Geberdesstraße 13.

Morgen, Sonnabend, empfehle  
einen großen Posten  
**sehr schöne Flohmen**  
aus eigener Schlachtung,  
das Pfund nur 60 Pfg.  
Ebenfalls eine große Partie  
**geräucherte Wurst**  
das Pfund nur 80 Pfg.  
**Thür. Wurst- u. Fleischkonj.-Fabrik**  
Aug. Scheere.  
Detailgeschäfte:  
Holtzenstraße 19. Breitestraße 44.  
Mühlenstraße 20. Geberdesstraße 13.